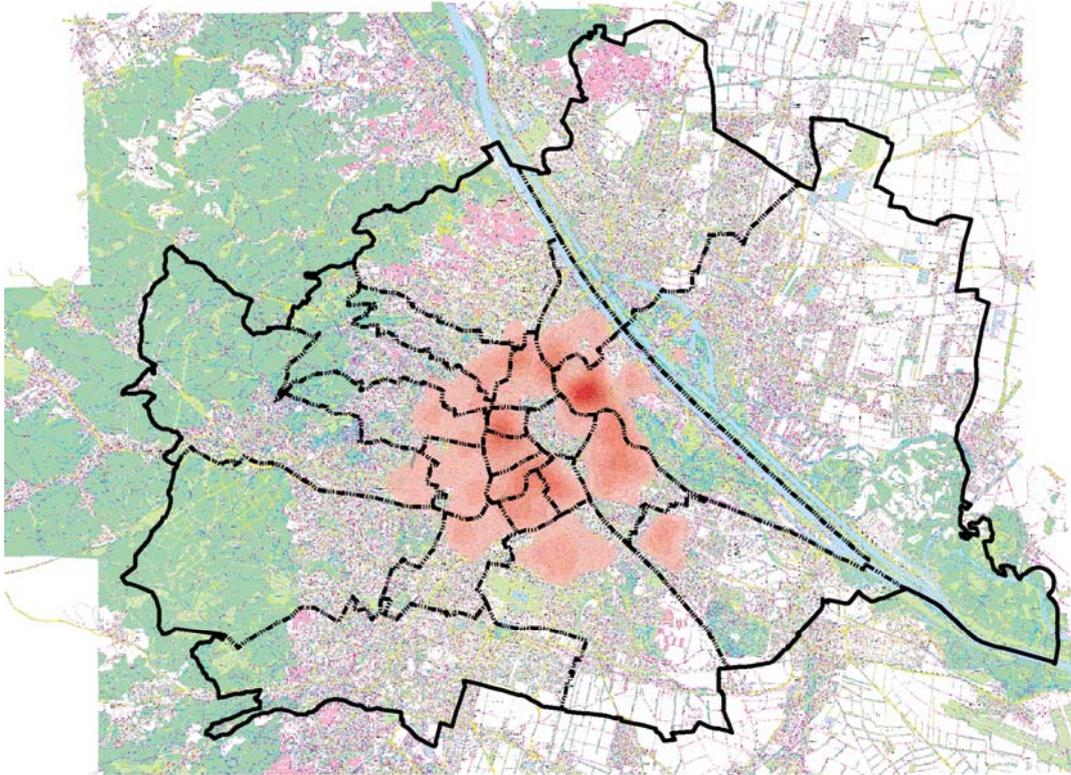


Forschungsbericht

EINBRUCHSCHUTZ IN WIENER PRIVATHAUSHALTEN

**Eine Untersuchung zu den
Bedingungen einer erfolgreichen Förderung von Sicherheitsmaßnahmen**



Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie

Wien

EINBRUCHSCHUTZ IN WIENER PRIVATHAUSHALTEN

Ein Forschungsprojekt im Auftrag der

**Abteilung Wohnbauforschung der Gemeinde Wien,
der Kriminalpolizeilichen Beratung und
Siemens Österreich**

Durchgeführt am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie

Projektleitung:

Univ.Doz.Dr. Wolfgang Stangl

Projektmitarbeiter:

Dr. Günter P. Stummvoll
Alexander Neumann
Dr. Gerhard Hanak

Inhaltsübersicht

1) ZUR ORIENTIERUNG	5
2) EINGRENZUNG DER UNTERSUCHUNG	7
A) FRAGESTELLUNGEN UND INTERESSENSCHWERPUNKTE.....	7
B) FORSCHUNGSMETHODEN	10
3) DATEN UND FAKTEN	13
A) KRIMINALSTATISTIK	13
B) POLIZEILICHE LAGEEVIDENZ	15
I. <i>Belastung nach der Tatstunde</i>	15
II. <i>Belastung nach Wochentagen</i>	15
III. <i>Monatsbelastung</i>	16
IV. <i>Bezirksbelastung</i>	17
V. <i>Dichteberechnung</i>	19
VI. <i>Modus</i>	21
VII. <i>Diebsgut</i>	21
C) EINBRUCHSCHUTZ IN PRIVATHAUSHALTEN.....	23
I. <i>Was lässt sich über die Verteilung von Einbruchschutzmaßnahmen im Wiener Stadtgebiet sagen?</i>	23
II. <i>Welche Sicherheitsvorkehrungen werden von den Haushalten benötigt?</i>	25
III. <i>Welche Sicherheitsvorkehrungen wurden von den Haushalten im letzten Jahr angeschafft?</i> ...25	
D) DIE FÖRDERUNG ZUM EINBAU VON SICHERHEITSTÜREN DURCH DIE GEMEINDE WIEN	26
I. <i>State-of-the-art von Sicherheitstüren</i>	27
II. <i>Die Akzeptanz der Förderung durch die Gemeinde Wien</i>	28
III. <i>Einschätzung der Marktlage durch kommerzielle Anbieter von Sicherheitstüren</i>	30
4) REKONSTRUKTION DER SICHERHEITSARBEIT IN DER PRAXIS	32
A) INSTITUTIONELLE STRUKTUREN ZUM EINBRUCHSCHUTZ	33
B) AKTIVITÄTEN UND EINSTELLUNGEN VON WOHNBAUTRÄGERN	34
I. <i>Aktionsrahmen der Wohnbaugenossenschaften</i>	34
II. <i>Aktionsrahmen der Gemeinde Wien</i>	36
C) DIE EINSTELLUNG DER WIENER BEVÖLKERUNG ZUM EINBRUCHSCHUTZ	37
I. <i>Unsicherheitsbefragungen</i>	37
II. <i>Interviews und Beobachtungen</i>	42

5) KONSEQUENZEN FÜR EINE KRIMINALPOLITIK ZUM EINBRUCHSCHUTZ	47
A) MECHANISCHER EINBRUCHSCHUTZ.....	49
B) SOZIALE KONTROLLSTRUKTUREN ZUM EINBRUCHSCHUTZ	52
C) WIE KÖNNTE EINE INITIATIVE ZUM EINBRUCHSCHUTZ IN WIEN AUSSEHEN?	53
6) LITERATUR.....	56

1) Zur Orientierung

Mit dieser Studie soll ein Beitrag zur Österreichischen Wohnsicherheitsforschung geleistet werden. Dieser Forschungsbereich ist nicht zuletzt deshalb äußerst komplex und vielfältig, weil dabei stadtsoziologische und kriminalsoziologische Themen mit dem großen politischen Ziel der Verbesserung der Lebensqualität in der Stadt verbunden werden: Die Qualität von Nachbarschaft, Infrastruktur, sozialen Diensten und Mobilität sind dabei für das subjektive Sicherheitsgefühl ebenso wirksam wie die Wahrnehmung der Kriminalitätsbelastung, die Einstellung zur Polizeiarbeit und die Darstellung von Kriminalität in den Medien (Insecurities in European Cities - Forschungsbericht).

Seitdem die Sozialwissenschaftler der Chicago School in den 1920er Jahren zum ersten Mal jene Mensch-Umwelt-Relation als Voraussetzung für regional konzentrierte Kriminalität untersucht, wurden besonders im anglo-amerikanischen Raum unzählige Studien über den Zusammenhang zwischen Lebensraum und Sicherheit durchgeführt. In geografischen Kriminalstrukturanalysen wurden Kriminalitätsbelastung und kriminogene Merkmale der Stadtstruktur untersucht. Andere Studien fokussierten auf einen Zusammenhang von Nachbarschaft und subjektiver Sicherheit. Unter dem Schlagwort wurde ferner die Bedeutung der räumlichen Verwahrlosung (leer stehende Häuser, Müll etc.) als Magnet für Vandalismus und Drogenkriminalität untersucht. Tatgelegheitsstrukturen wurden in Zusammenhang mit sozialen Kontrollstrukturen in Wohnvierteln analysiert und Opferstudien ergänzen die offizielle Anzeigenstatistik. Auch für die Stadt Wien wurden einige dieser Forschungsfragen in den vergangenen Jahren in wissenschaftlichen Studien untersucht bearbeitet. Es liegt umfangreiches Datenmaterial aus den Studien "Leben in Wien", "Wien - Sichere Stadt" und "Insecurities in European Cities" vor, die als Grundlage zur weiteren Sicherheitsforschung gelten können.

Das thematische Potential für eine Wohnsicherheitsforschung im Stadtgebiet ist besonders groß. Daher ist es ratsam, sich in einer Studie auf einzelne Aspekte der Wohnsicherheit zu beschränken, und einen Schwerpunkt als Ausgangspunkt festzulegen. Liest man in englischsprachiger kriminologischer Fachliteratur, so kommt man sehr schnell zu dem Schluss, dass sich eine Vielzahl von Forschungsprojekten zu einem Spezialforschungsbereich „Einbruchschutz“ zusammenfassen lassen (z.B. Mawby 2001). Der Schwerpunkt im vorliegenden Forschungsprojekt wird ebenso auf Einbruchschutz in Privathaushalten und auf der damit verbundenen Bereitschaft der Bevölkerung zur Eigenvorsorge liegen.

Doch selbst dieses Segment der Wohnsicherheitsforschung ist reichhaltig an unterschiedlichen Forschungsfragen. In den vergangenen 25 Jahren wurden in Großbritannien, den USA, Kanada, Australien und einigen europäischen Ländern Studien zu folgenden Themen durchgeführt:

- Erscheinungsformen von Einbruch (Häufigkeit, Zielobjekte, Tatgelegenheitsstrukturen, Mehrfacheinbrüche, usw.) in Privathaushalte, Geschäfte, Fahrzeuge und Wirtschaftsbetriebe
- Täter und Tatmotive
- Opfer und deren Lebensstile
- Physische, psychische und materielle Folgen von Einbrüchen
- Erfolge und Misserfolge der Tataufklärung
- Strafsanktionen
- Präventionsmaßnahmen zum Einbruchschutz

Die Fülle dieser Studien beruht weitgehend auf den empirischen Datenerhebungen der British Crime Surveys (BCS), die seit 1982 in England und Wales regelmäßig durchgeführt werden (Hough und Mayhew 1983, Kershaw et al. 2000), den Internationalen Kriminalitätsofferstudien (International Crime Victimization Surveys, Alvazzi del Frate, van Dijk, van Kesteren, Pat Mayhew, 1989 -2000), und einer Vielzahl kleinerer Untersuchungen in Städten, Regionen und Gemeinden.

Das gesammelte Wissen aus diesen umfangreichen Kriminalanalysen wird zur Diskussion über „richtige“ Präventionsmaßnahmen herangezogen. Ein grundlegendes Problem in diesem Diskurs ist dabei die Frage nach der Verteilung der Verantwortlichkeit: Inwieweit soll die staatliche Polizei für den Schutz von Privateigentum der BürgerInnen verantwortlich sein, in wie weit sollen BürgerInnen selbst für ihre Wohnsicherheit sorgen, und wie und durch welche Einrichtungen können BürgerInnen in ihrer Eigenverantwortung unterstützt werden?

Das vorliegende Forschungsprojekt soll zumindest ansatzweise diesen Fragen begegnen indem eingangs die Datenlage dargestellt, danach institutionelle Strukturen zum Einbruchschutz vorgestellt und schließlich einige Aktivitäten dieser Institutionen diskutiert werden. Dieser Forschungsbericht hat den Anspruch, Information aus verschiedenen mit Wohnsicherheit befassten Einrichtungen zu generieren und diese Sammlung den Einrichtungen zu kommunizieren.

2) Eingrenzung der Untersuchung

a) Fragestellungen und Interessensschwerpunkte

Dieses Forschungsprojekt kann nicht alle oben genannten Interessensgebiete der Einbruchforschung gleichermaßen abdecken. Vielmehr handelt es sich im vorliegenden Fall um eine fachliche Auftragsstudie zu ausgewählten Fragestellungen. Dabei gilt es, die Bedeutung von Wohnsicherheit und entsprechenden Vorkehrungsmaßnahmen aus verschiedenen Blickwinkeln zu erfassen, um daraus ein besseres Verständnis bezüglich des Zusammenwirkens von Bewohnern, Sicherheitsindustrie, Polizeilicher Beratung und Wohnbauträgern zu entwickeln. Als Ausgangspunkt für diese Studie gilt die latente Unzufriedenheit der Behörden, wonach eine Strategie des Appellierens an das individuelle Engagement der Bewohner zum Einbruchschutz nicht befriedigend erscheint. Aus der Sicht der Polizei unternehmen zu wenige Haushalte Vorkehrungsmaßnahmen zum Einbruchschutz, und die Versicherungen beklagen, dass ihre Ausgaben auf Grund von Wohnungseinbrüchen exorbitant steigen, sodass sie eine Anhebung der Versicherungsprämien in Erwägung ziehen.

Während in den USA Dutzende Do-it-yourself-Bücher zum Einbruchschutz auf den Markt kommen, muss bei uns eine angebliche Lethargie der Wiener Wohnbevölkerung erklärt werden. Dazu können zu Beginn der Auseinandersetzung mit dem Thema spekulativ drei Argumente angeführt werden:

- In der historischen Tradition des Wohlfahrtsstaates ist die Partizipationsbereitschaft bzw. die Bereitschaft zur Eigenvorsorge nur gering ausgebildet. Im Gegensatz zur amerikanischen Bevölkerung sehen sich die ÖsterreicherInnen vielmehr als *Sicherheitskonsumenten* und vertrauen dem Expertensystem in der Form staatlicher Institutionen umso mehr. Die Zuständigkeit wird gerne an diverse „Sicherheitsproduzenten“ abgetreten.
- In einer Konsumgesellschaft, die auf Freizeit und Erlebnis ausgerichtet ist, wird in erster Linie in Produkte zur individuellen Bedürfnisbefriedigung (Kommunikationstechnologie, Sport, Mode, Kunst, Urlaub, Kinder, Wohnen etc.) investiert. So wie auch in anderen Bereichen in denen Eigenverantwortung mehr und mehr gefragt ist (z.B. Gesundheit, Bildung) werden Investitionen zur individuelle Vorsorge von Privathaushalten bestenfalls als notwendige Nebenkosten betrachtet.
- Die Wiener und Wienerinnen schätzen das Risiko Opfer einer Straftat zu werden relativ gering ein, wenngleich sie Kriminalität für ein Besorgnis erregendes Problem halten. Insgesamt ist der „Leidensdruck“ in Wien aber nur ein schwacher Antrieb zur Umsetzung von kostspieligen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz gegen Wohnungseinbruch.

Sicherheitsmaßnahmen zum Einbruchschutz in Privathaushalten werden von den BewohnerInnen unter anderem aus diesen Gründen hauptsächlich als *Reaktion* in Folge eines Wohnungseinbruchs getroffen. Die Polizei sieht ihre Aufgabe in der Unterstützung durch Information, damit Menschen in Privathaushalten selbst *präventiv* gegen Wohnungseinbruch Schutzvorkehrungen treffen können.

Es stellt sich daher erstens die Frage, in welcher Form Wohnbauträger, Polizei und Sicherheitsindustrie als Konsumenten das Eigenengagement der Bewohner zu Vorkehrungsmaßnahmen unterstützen können, ohne dabei Verbrechensfurcht zu schüren. Zweitens soll aber auch nach Möglichkeiten der Eigenleistung von Wohnbauträgern zum Einbruchschutz gefragt werden. Das vorliegende Projekt stellt sich die Aufgabe, die administrativen und sozialen Voraussetzungen zu untersuchen, die eine umfangreiche Kriminalprävention in Wohngebieten ermöglichen. Dabei zählt nicht nur die Einstellung der Bevölkerung, sondern insbesondere auch die Erfahrung von Wohnbauträgern mit Initiativen zur Verbesserung des Einbruchschutzes.

Das Projekt „Einbruchschutz in Privathaushalten“ wurde von drei Seiten angeregt und zur Durchführung am Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie in Auftrag gegeben: Von der Polizei, vertreten durch die Kriminalpolizeiliche Beratung, von der Sicherheitsindustrie vertreten durch Siemens und von der Gemeinde Wien vertreten durch die Abteilung Wohnbauforschung. Eine wissenschaftliche Untersuchung zum Thema "Einbruchschutz in Wiener Privathaushalten" wird in der Weise konzipiert, dass sie sowohl Interessen der Wohnbauwirtschaft, insbesondere der Gemeinde Wien, als auch Interessen der Polizei und der Sicherheitsindustrie aufgreift und letztendlich gewonnene Erkenntnisse in Maßnahmen zur Kriminalprävention umgesetzt werden können.

Für das Forschungsvorhaben lassen sich zwei Interessensschwerpunkte formulieren:

1. Der *Verein Sicherheitsrat für Verbrechensvorbeugung* setzt sich grundsätzlich für die Förderung des Sicherheitsbewusstseins in der Bevölkerung ein. In dem Verein sind die Interessen der Kriminalpolizeilichen Beratung, der Sicherheitsindustrie und der Versicherungen zusammengefasst. Die *Kriminalpolizeiliche Beratung* als polizeiliche Einrichtung, die dem SPG folgend die Bevölkerung bei der Eigenvorsorge zur Kriminalprävention unterstützen soll, interessiert sich für ihr Klientel. Insbesondere liegt der Schwerpunkt in diesem Projekt aber gerade nicht auf der faktischen Klientel, sondern

auf jener Bevölkerungsgruppe, die bislang nicht erreicht werden konnte. Die *Sicherheitsindustrie (Siemens)* verfolgt ein wirtschaftliches Interesse: Um die Zahl der Wohnungseinbrüche in Wien zu reduzieren sollten möglichst viele Wohnungen in der Stadt Wien durch mechanischen und elektronischen Einbruchschutz (Sicherheitstüren und Alarmanlagen) gesichert sein. Insbesondere sollen die sozialen Bedingungen für den gezielten Vertrieb von Sicherheitselektronik und -mechanik und der Einsatz von Sicherheitsdienstleistungen untersucht werden.

Die *Versicherungen* überlegen, welcher Anreiz besonders wirkungsvoll ist, um Privathaushalte mit verbesserter Technik zum Einbruchschutz auszustatten, damit der Schaden durch Wohnungseinbruch reduziert werden kann.

Konkret wird gefragt, wodurch Menschen in Privathaushalten motiviert werden können, sich mehr für die Möglichkeiten zum Schutz gegen Wohnungseinbruch zu informieren und vermehrt Maßnahmen zur Umsetzung zu setzen.

2. Die Abteilung *Wohnbauforschung der Gemeinde Wien* beteiligt sich ebenfalls am Prozess der Bewusstseinsbildung in Sicherheitsfragen. Von der Gemeinde Wien wird dazu eine finanzielle Unterstützung für Privathaushalte zur sicherheitstechnischen Nachrüstung angeboten: Gemäß den Bestimmungen des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes (WWFSG 1989), und der dazu ergangenen Sanierungsverordnung können im Rahmen der Wohnungsverbesserung finanzielle Förderungen in der Höhe von 20% oder maximal 400,- € der Kosten in Anspruch genommen werden.

Die Akzeptanz (bzw. mögliche Ignoranz) dieses Angebots soll zu einem wesentlichen Untersuchungsgegenstand in der Studie „Einbruchschutz in Wiener Privathaushalten“ gemacht werden.

Konkret stellt sich die Frage, in wie weit das Angebot der Gemeinde Wien überhaupt bekannt ist, welche Bevölkerungsgruppen dafür empfänglich sein könnten, und ob dieser Anreiz wirksam ist für ein Umdenken insbesondere unter dem Aspekt der sozialen Treffsicherheit.

b) Forschungsmethoden

Die Sozialwissenschaft ist eine Näherungswissenschaft. Sie versucht Ausschnitte der sozialen Wirklichkeit annähernd genau zu untersuchen und zu beschreiben, um soziale Problemstellungen besser beurteilen zu können. Dazu stehen ihr methodische Instrumente zu Verfügung, die bewusst und gezielt zur Beantwortung von Fragestellungen eingesetzt werden können. Nicht jede Methode ist bei einer spezifischen Fragestellung gleichermaßen gut geeignet. Gelegentlich werden auch mehrere Methoden zur Beantwortung ein und derselben Forschungsfrage eingesetzt¹.

Für die in diesem Forschungsprojekt vorliegenden Fragestellungen bezüglich Einbruchschutz in Privathaushalten bietet sich ein Methodenmix an. Entsprechend dem Forschungsinteresse wird zunächst der Frage nachgegangen, was wir über die *Erscheinungsform* des Delikts „Wohnungseinbruch“ in Wien wissen. Es sollen in einem ersten Arbeitsschritt objektive Daten über Wohnungseinbruch und Opferrisiko und subjektive Daten über Verbrechensfurcht analysiert werden. Dazu werden einerseits Anzeigedaten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik und der Polizeilichen Lageevidenz (PLE) und andererseits Umfragedaten aus vergangenen und neuen Bevölkerungsbefragungen ausgewertet. Die Untersuchung soll im Anschluss an die Datenanalyse jedoch nicht auf Privathaushalte beschränkt werden. Vielmehr sollen bei einer Untersuchung der institutionellen Strukturen auch Vertreter der Bauwirtschaft, insbesondere Baugenossenschaften und Hausverwaltungen, berücksichtigt werden. Schließlich sollen auch die BewohnerInnen selbst zu Wort kommen. Das Interesse an öffentlichen Diskussionsforen zum Thema Wohnungseinbruch in der Form von Gruppendiskussionen mit Anrainern ist jedoch aus genannten demokratiepolitisch-kulturellen Gründen äußerst gering. Es wird daher versucht, über Einrichtungen der Mietervertretung und über Feldstudien Stimmungen zur Wohnsicherheit und zur kommunalen Sicherheitsarbeit einzufangen.

Folgende sozialwissenschaftlich-methodische Werkzeuge werden angewendet.

- ❖ Sekundärauswertung früherer Umfragedaten
- ❖ Telefonbefragung von Haushalten
- ❖ Datenabfrage und -auswertung aus der Polizeilichen Kriminalstatistik und der Kriminalpolizeilichen Lageevidenz (KLE)

¹ Als Musterbeispiel eines Methodenpluralismus in der Sozialforschung kann heute noch die klassische „Mariental-Studie“ (Jahoda, Lazarsfeld, Zeisel 1960) über die Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit gelten. Die Kombination aus Befragung, Beobachtung, Inhaltsanalyse von Schulaufsätzen der Kinder aus arbeitslosen Familien, Sekundäranalysen statistischer Daten usw. hat zu einer umfangreichen Beschreibung der subjektiven Folgen (Apathie, Resignation, Persönlichkeitsentwicklung) längerfristiger Arbeitslosigkeit beigetragen.

- ❖ Experteninterviews
- ❖ Feldstudien

Zur Auswahl der Interviewpartner für Experteninterviews wurde ein zweistufiges Verfahren angewendet: Erstens wurde nach einer Internet-Recherche eine Liste aller in Wien ansässigen Wohnbaugenossenschaften erstellt. Als Quelle diente die Homepage des Österreichischen Verbands Gemeinnütziger Bauvereinigungen (<http://www.gbv.at>), die für Wien 57 Genossenschaften auflistet. Nach einer Sichtung konnten 42 voneinander unabhängige Firmen mit elektronischer Kontaktadresse ausfindig gemacht werden. In einem E-Mail wurde das Forschungsprojekt vorgestellt und um einen Gesprächstermin mit einem Mitarbeiter / einer Mitarbeiterin gebeten.

Von einer Rücklaufquote kann bei einer einzigen (negativen) Antwort wohl nicht mehr gesprochen werden. Deshalb wurden die Genossenschaften GESIBA, SOZIALBAU und ALTMANNSDORF-HETZENDORF als größte Baugenossenschaften in Wien ausgewählt und telefonisch kontaktiert. Darüber hinaus wurden Gespräche mit der Hausverwaltung Pretsch und mit dem Anbieter von Sicherheitstüren Zabransky geführt. Interviews sollten sowohl auf der Ebene der Verantwortungsträger als auch auf der Ebene der Hausbetreuung in Wohnhausanlagen geführt werden. Dabei waren wir auf Empfehlungen der Genossenschaften bzw. der Wiener Gebietsbetreuung angewiesen. Zur Vorbereitung wurden unterschiedliche Leitfäden erarbeitet.

Für eine inhaltsanalytische Auswertung von Interviews stehen in der Sozialwissenschaft mehrere Varianten zu Verfügung. In der vorliegenden Arbeit wurde ein eher pragmatischer Weg eingeschlagen, der sich darauf konzentrierte, inhaltliche Informationen zu konkreten Fragestellungen zu generieren. Folglich wurde auf eine semantische Interpretation des Vokabulars, auf eine Prüfung der inhaltlichen Logik und Schlüssigkeit der Aussagen in der Gesprächsführung verzichtet. Es wurde keine Konversationsanalyse durchgeführt, in der Gesprächsverlauf (Themenwechsel, Semantik, Sprechpausen, etc.) oder die Dynamik im Gespräch zwischen Interviewer und Befragten untersucht werden. In den vorliegenden Experteninterviews wurden Interviewpartner vielmehr als „FunktionsträgerInnen innerhalb eines organisatorischen oder institutionellen Kontextes“ betrachtet (Meuser und Nagel 1991, S. 444). Aus den Zuständigkeiten, Aufgaben und Tätigkeiten der Interviewpartner waren Wissensbestände und Erfahrungen im Hinblick auf die Frage nach dem Verständnis zum Einbruchschutz herauszuarbeiten. In diesem Forschungsprojekt geht es um eine „Entdeckungsstrategie“ innerhalb der interpretativen Sozialforschung mit dem Ziel der Informationsgewinnung und dem Informationsaustausch zwischen den Handlungsträgern.

Systematisierende Experteninterviews generieren Informationen über „das aus der Praxis gewonnene, reflexiv verfügbare und spontan kommunizierbare Handlungs- und Erfahrungswissen (Bogner und Menz 2001, S. 480)“.

Im Auswertungsverfahren wurden die transkribierten Texte kodiert und diese Codes zu thematischen Kategorien zusammengefasst². Zum vorliegenden Material konnten die Aussagen der Interviewpartner letztlich drei großen Themenbereichen (Kategorien) zugeordnet werden:

- Institutionelle Strukturen zum Einbruchschutz
- Verständnis, Einstellung zum Einbruchschutz
- Aktivitäten, Erfahrungen mit Maßnahmen zum Einbruchschutz

Diese Themen sind zum Teil miteinander verwoben, konnten aber in den Interviews mit allen Gesprächspartnern angesprochen werden: Baugenossenschaften, Hausverwaltungen und Gebietsbetreuung, Hausbetreuungseinrichtungen, Sicherheitsfirmen, Bewohner.

Dieses Forschungsprojekt beschränkt sich geografisch auf eine Untersuchung im Wiener Gemeindegebiet. Dabei soll auf unterschiedliche städtebauliche Strukturen im dicht bebauten Stadtgebiet und am locker bebauten Stadtrand Rücksicht genommen werden. Ebenso soll die Differenzierung nach Wohnbauformen (Altbauten, Gemeindebauten und Neubauten) im Untersuchungsdesign bedacht werden.

² Zum Kodieren und Kategorisieren im Auswertungsverfahren von qualitativen Interviews siehe Flick 2002.

3) Daten und Fakten

Im vorliegenden Forschungsprojekt wurden Daten und Fakten aus verschiedenen Quellen gesammelt und ausgewertet: Die Polizeiliche Kriminalstatistik zeigt die Entwicklung des "Einbruchdiebstahls in ständig benutzte Wohnobjekte" im Zeitverlauf; die Kriminalpolizeiliche Lageevidenz (KLE) wird von den BeamtInnen vor Ort gespeist und registriert einige Merkmale zu den einzelnen Fällen wie Tatzeit, Tatort, Tatmodus und gestohlene Güter. Damit konnten Detailauswertungen zur Belastung (Monatsbelastung, Bezirksbelastung, Dichteberechnungen etc.) durchgeführt werden. Schließlich wurde aus den Daten einer telefonischen Bewohnerbefragung die Ausstattung der Wiener Haushalte mit Einbruchschutzmaßnahmen und die Akzeptanz des Angebots zur Förderung der Privathaushalte durch die Gemeinde Wien untersucht.

a) Kriminalstatistik

Kriminalstatistiken zum Einbruchdiebstahl können als Längsschnitt- und als Querschnittsanalysen dargestellt werden. In Längsschnittanalysen zeigen Zeitreihen die Entwicklung von Kriminalitätsraten zu einem Delikt, Querschnittsanalysen beschreiben aktuelle Daten vor dem Hintergrund verschiedener geografischer oder inhaltlicher Variablen.

Die Wiener Kriminalitätsentwicklung der letzten zehn Jahre zum Einbruchdiebstahl kann wie folgt beschrieben werden: Einem Anstieg bis etwa Mitte der 1990er Jahre folgt eine Phase des Kriminalitätsrückgangs bis zum Ende der 90er Jahre. Seither steigt die Einbruchskriminalität sprunghaft an (vgl. Tabelle 1 und Grafik 1). Zuletzt wurde in Wien mit 11.613 Fällen ein Anstieg von 80% im Jahr 2004 im Vergleich zu 2003 gemessen³. Anstelle der in der offiziellen Anzeigenstatistik angeführten Häufigkeitszahl, die sich bekanntlich auf die Bevölkerungszahl bezieht (je 100.000 Einwohner), wurde für den Zweck dieser Studie eine auf Wohnobjekte standardisierte Häufigkeitszahl berechnet. Durch die Einführung dieser statistischen Kennzahl kann das Verbrechensrisiko besser eingeschätzt werden, wenn z.B. im Jahr 2004 126 Wohnungseinbrüche je 10.000 Wohnungen registriert wurden.⁴ Etwas weniger als 1/3 der angezeigten Fälle waren Versuche (3.697 Fälle). Die Aufklärungsquote bei Delikten zum Wohnungseinbruch liegt in Wien bei 4,45% (517 geklärte Fälle im Jahr 2004). Es konnten insgesamt 818 Tatverdächtige ermittelt werden.

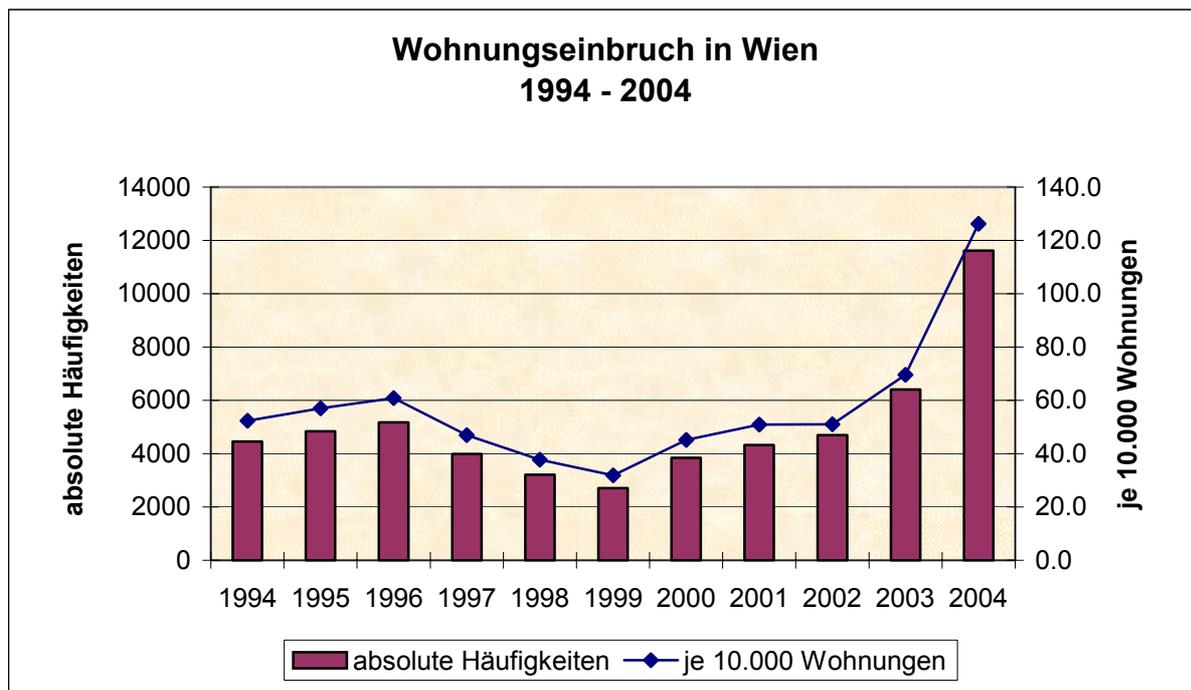
³ Im Jahr 2004 haben sich etwa 2/3 der bundesweiten Wohnungseinbrüche in Wien ereignet (Österreich: 17.461 Anzeigen wegen „Einbruchdiebstahl in ständig benutzten Wohnobjekten“).

⁴ Ein weiterer Vorteil liegt in der nationalen und internationalen Vergleichbarkeit der Kriminaldaten.

Jahr	Einbruch in ständig benützte Wohnobjekte	Häufigkeitszahl Je 10.000 Wohnungen ⁵
1994	4.453	52,4
1995	4.842	57,0
1996	5.175	60,9
1997	3.993	47,0
1998	3.208	37,7
1999	2.707	31,8
2000	3.839	45,2
2001	4.325	50,9
2002	4.691	51,0
2003	6.404	69,6
2004	11.613	126,2

Tabelle 1: Einbruchdiebstahl in ständig benutzten Wohnobjekten in Wien

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistiken und Statistisches Taschenbuch der Stadt Wien, Ausgabe 2003, S. 60.



Grafik 1: Einbruchdiebstahl in ständig benutzten Wohnobjekten in Wien 1994-2004.

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistiken und Statistisches Taschenbuch der Stadt Wien, Ausgabe 2003, S. 60., sowie Statistik Austria Wohnungszählung 1991 und 2001

⁵ berechnet bis 2000 auf Basis 1991: 853.091 Wohnungen gesamt, ab 2001: 920.083 Wohnungen gesamt

b) Polizeiliche Lageevidenz

Diese beunruhigenden Zahlen über Häufigkeiten sollen qualitativ unterlegt werden. Dazu werden die Vorfälle mit Hilfe der Daten aus der Kriminalpolizeilichen Lokalevidenz 2004 genauer betrachtet.

Die Kriminalpolizeiliche Lageevidenz ist jene Datenbank der Wiener Polizei, in der alle bei der Polizei angezeigten Fälle registriert werden. Sie unterscheidet sich von der Anzeigenstatistik insofern, als dass bei letzterer nur jene Fälle erfasst werden, die an die Staatsanwaltschaft weiter geleitet werden⁶. Die Möglichkeiten einer bürokratischen Erfassung der kriminogenen Strukturen am Tatort durch die Beamten sind begrenzt. Derzeit werden lediglich Daten über die Tatzeit, das Datum, die genaue Adresse des Tatorts, sowie über den Modus (Vorgehensweise) des Einbruchs und die Täter und ihre Herkunft festgehalten. Diese Informationen werden für das Jahr 2004 kurz beschrieben.

I. Belastung nach der Tatstunde

Über die Tatzeit weiß man wenig. Das liegt daran, dass der genaue Zeitpunkt des Einbruchs nur von der Polizei gemeinsam mit dem Opfer geschätzt werden kann. Registriert werden dann mögliche Zeitspannen zwischen Verlassen des Hauses (der Wohnung) und der Rückkehr, die allerdings von wenigen Minuten bis zu Tagen und Wochen betragen können. In ihren Auswertungen stützt sich die Polizei jeweils auf den sogenannten „Von-Zeitpunkt“, also jenen Zeitpunkt, zu dem der Geschädigte angibt das Wohnobjekt verlassen zu haben. Folglich reflektiert das Ergebnis einer Analyse eher das Verhalten der Opfer und weniger die bevorzugte Tatstunde eines Täters. Es ist deshalb auch kaum verwunderlich, dass in den Aufzeichnungen die Mehrzahl der Einbrüche auf die Morgenstunden entfällt.

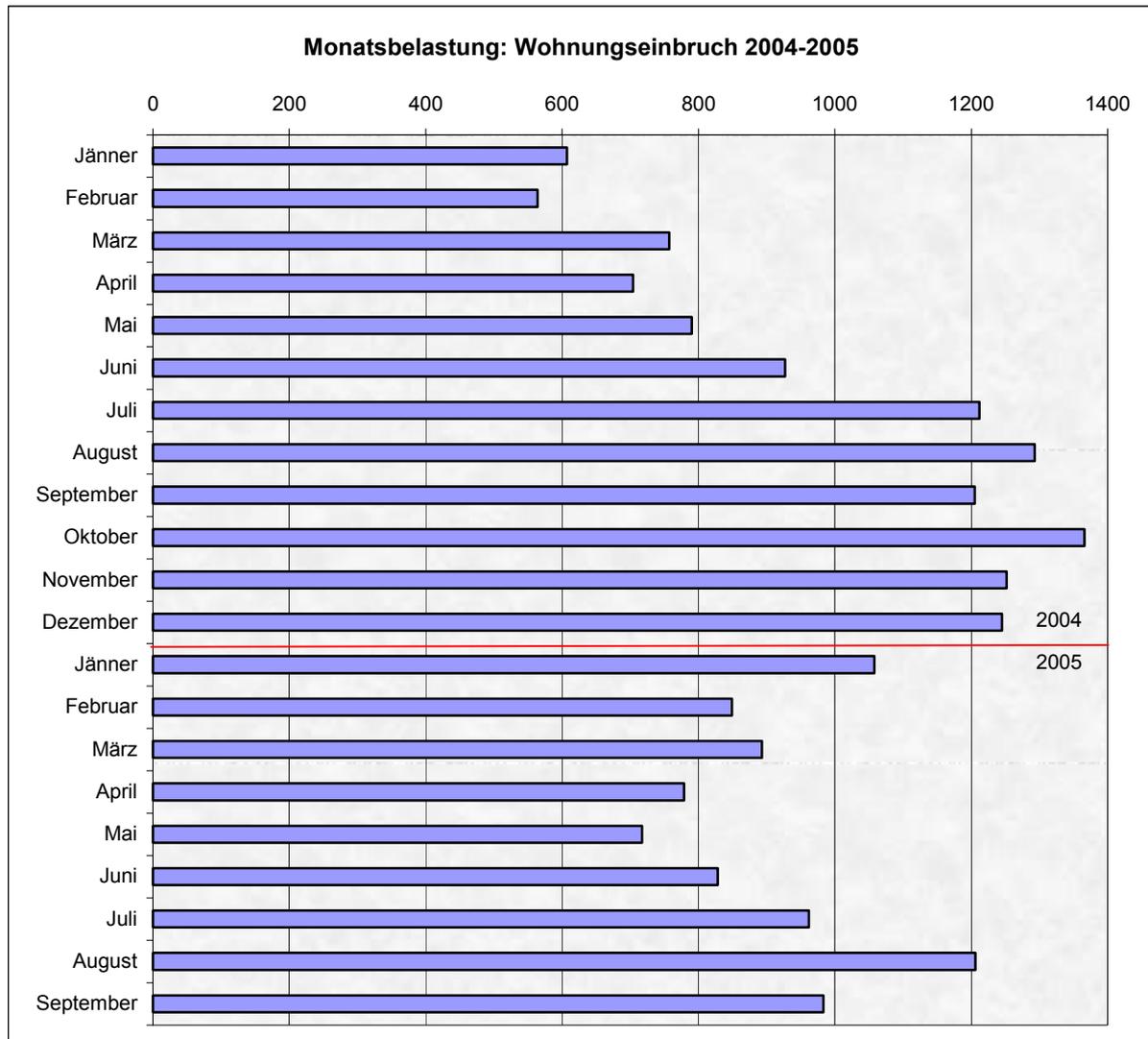
II. Belastung nach Wochentagen

Eine Auswertung der Tatzeitpunkte zeigt des Weiteren, dass Wohnungseinbrüche auf die Arbeitstage unter der Woche gleichmäßig hoch verteilt sind, und Wochenenden dagegen nur wenig belastet sind. Die meisten Einbrüche werden an Freitagen begangen. Dazu wird spekuliert, dass ein motivierter Täter die Fahrt ins Wochenendhaus abwartet, aber gleichzeitig bedenkt, dass das Entdeckungsrisiko am Wochenende besonders hoch ist.

⁶ Bedingt durch diesen Filterprozess und die zeitliche Verzögerung beträgt die Differenz im Fall des

III. Monatsbelastung

Grafik 2 zeigt eine deutliche saisonale Schwankung mit Spitzen in den Sommermonaten. Bei genauem Hinsehen fällt aber auf, dass sich der Schwerpunkt auf der zweiten Jahreshälfte im Jahr 2004 auch im Jahr 2005 fortsetzen könnte.



Grafik 2: Monatsbelastung Wohnungseinbruch 2004-2005
 Quelle: Kriminalpolizeiliche Lageevidenz

Wohnungseinbruchs für das Jahr 2004 etwa 300 Fälle.

IV. Bezirksbelastung

Querschnittsanalysen können auch als *Bezirksanalysen* für das Jahr 2004 erstellt werden.⁷ Aus den nachfolgenden Tabellen lassen sich mehrere Ergebnisse lesen:

1. Grob gesprochen steigt mit der Bezirksgröße bzw. mit der Zahl der Wohneinheiten im Bezirk auch die Anfälligkeit für Einbruchskriminalität. Die Bezirke mit den meisten Wohneinheiten finden sich auch in den Top-Ten der Liste der absoluten Einbruchshäufigkeit (Spalten 1 und 2 in Tabelle 2).
2. Betrachtet man aber nicht nur das Ranking der Bezirke, sondern standardisiert die Häufigkeit auf jeweils 10.000 Wohnungen im Bezirk um die Einbruchsziffern unabhängig von der Größe der Bezirke zu deuten (Spalte 3 in Tabelle 2), so zeigt sich ein differenzierteres Ergebnis: Wieden mit nur 18.806 Wohneinheiten liegt mit 199 Wohnungseinbrüchen (WE) je 10.000 Wohneinheiten an erster Stelle vor Landstraße (183 WE) und der Leopoldstadt (182 WE). Dagegen liegen die großen Bezirke Floridsdorf (79 WE), Donaustadt (95 WE), Ottakring (108 WE) und Favoriten (111 WE) am Ende bzw. im unteren Drittel der Tabelle. Die Bezirke Wieden, Landstraße und Leopoldstadt weisen somit die größte Einbruchsdichte in Wien auf. In Anbetracht der relativ geringen Wohnungszahl in den innerstädtischen Bezirken ist die Wahrscheinlichkeit eines Wohnungseinbruchs höher als in den Randbezirken.
3. Die enorme Steigerung in Wien von 4.691 im Jahr 2002 auf 11.613 Fälle im Jahr 2004 (Tabelle 3) ist nicht gleichmäßig auf alle Stadtteile verteilt. In manchen Bezirken hat die Einbruchskriminalität besonders stark zugenommen. Die größten Steigerungsraten seit dem Jahr 2002 gibt es in den Bezirken Penzing, Wieden, Landstraße, Leopoldstadt, Döbling, und Rudolfsheim. Hier haben sich die Werte bis zum Jahr 2004 zumindest verdreifacht. Die geringsten Zuwachsraten verzeichnen die Bezirke Liesing, Hietzing, und Floridsdorf mit weniger als 70% Steigerung. Auffallend gering ist die Steigerungsrate in Neubau mit nur 11%. In keinem Wiener Bezirk ist die Einbruchsrate gesunken.
4. Im Jahr 2004 hat kein Bezirk einen Anteil an der Wiener Gesamteinbruchskriminalität von mehr als 10% (Tabelle 3). Den höchsten (absoluten) Anteil hat die Favoriten (8,3%), den niedrigsten Anteil hat die Innere Stadt (1,2%).

⁷ Dazu können die Daten der Kriminalstatistik herangezogen werden.

Anzeigestatistik Einbruchdiebstahl in ständig benützte Wohnobjekte (2004):					
Anzahl der Wohnungen		absolute Häufigkeiten		je 10.000 Wohnungen	
10. Favoriten	86.764	10. Favoriten	965	4. Wieden	199
21. Floridsdorf	69.579	2. Leopoldstadt	906	3. Landstraße	183
22. Donaustadt	69.539	3. Landstraße	890	2. Leopoldstadt	182
16. Ottakring	53.411	14. Penzing	709	6. Mariahilf	170
2. Leopoldstadt	49.667	22. Donaustadt	663	9. Alsergrund	167
14. Penzing	48.741	20. Brigittenau	631	5. Margareten	157
3. Landstraße	48.520	15. Rudolfsheim	610	15. Rudolfsheim	155
12. Meidling	46.874	16. Ottakring	577	20. Brigittenau	146
23. Liesing	44.832	12. Meidling	570	14. Penzing	145
20. Brigittenau	43.320	21. Floridsdorf	548	18. Währing	139
11. Simmering	40.856	19. Döbling	517	7. Neubau	131
19. Döbling	39.608	5. Margareten	493	19. Döbling	131
15. Rudolfsheim	39.247	11. Simmering	490	1. Inner Stadt	125
5. Margareten	31.475	9. Alsergrund	424	12. Meidling	122
17. Hernals	30.706	18. Währing	414	8. Josefstadt	121
13. Hietzing	30.351	4. Wieden	375	11. Simmering	120
18. Währing	29.824	23. Liesing	361	10. Favoriten	111
9. Alsergrund	25.443	13. Hietzing	320	16. Ottakring	108
4. Wieden	18.806	6. Mariahilf	309	13. Hietzing	105
7. Neubau	18.735	17. Hernals	274	22. Donaustadt	95
6. Mariahilf	18.198	7. Neubau	245	17. Hernals	89
8. Josefstadt	14.734	8. Josefstadt	178	23. Liesing	81
1. Inner Stadt	11.515	1. Inner Stadt	144	21. Floridsdorf	79
Wien	910.745	Wien	11.613	Wien	128

Tabelle 2: Einbruchdiebstahl in ständig benützte Wohnobjekte 2004 nach Bezirksbelastung
Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

Einbruchdiebstahl: Differenzen, Steigerungsraten, Anteile					
Bezirk	Differenz 2002-2004		Steigerungsrate	Anteile	
	2002	2004		Anteil 2002	Anteil 2004
14. Penzing	198	709	258,1%	4,2%	6,1%
4. Wieden	109	375	244,0%	2,3%	3,2%
3. Landstraße	260	890	242,3%	5,5%	7,7%
2. Leopoldstadt	272	906	233,1%	5,8%	7,8%
19. Döbling	156	517	231,4%	3,3%	4,5%
15. Rudolfsheim	198	610	208,1%	4,2%	5,3%
10. Favoriten	333	965	189,8%	7,1%	8,3%
5. Margareten	173	493	185,0%	3,7%	4,2%
6. Mariahilf	109	309	183,5%	2,3%	2,7%
11. Simmering	183	490	167,8%	3,9%	4,2%
20. Brigittenau	241	631	161,8%	5,1%	5,4%
12. Meidling	223	570	155,6%	4,8%	4,9%
18. Währing	164	414	152,4%	3,5%	3,6%
16. Ottakring	231	577	149,8%	4,9%	5,0%
9. Alsergrund	190	424	123,2%	4,1%	3,7%
1. Inner Stadt	68	144	111,8%	1,4%	1,2%
22. Donaustadt	357	663	85,7%	7,6%	5,7%
17. Hernals	152	274	80,3%	3,2%	2,4%
8. Josefstadt	103	178	72,8%	2,2%	1,5%
21. Floridsdorf	323	548	69,7%	6,9%	4,7%
13. Hietzing	192	320	66,7%	4,1%	2,8%
23. Liesing	235	361	53,6%	5,0%	3,1%
7. Neubau	221	245	10,9%	4,7%	2,1%
Wien	4.691	11.613	147,6%	100,0%	100,0%

Tabelle 3: Einbruchdiebstahl: Differenzen, Steigerungsraten und Anteile (geordnet nach Steigerungsraten).

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

V. Dichteberechnung

Analysiert man die Häufigkeitsdaten unabhängig von Bezirksgrenzen in einer Dichteberechnung mittels GIS (Geographic Information System), so zeigen sich für das Jahr 2004 einige Hot-Spots, die in Grafik 3 dunkelrot erscheinen.

Das Kriminalamt Wien grenzt die Hot-spots des Jahres 2004 folgendermaßen ein:

Leopoldstadt: Stuwerviertel und die Gegend westlich des Pratersterns

Landstraße: nördlich der Landstrasser Hauptstraße

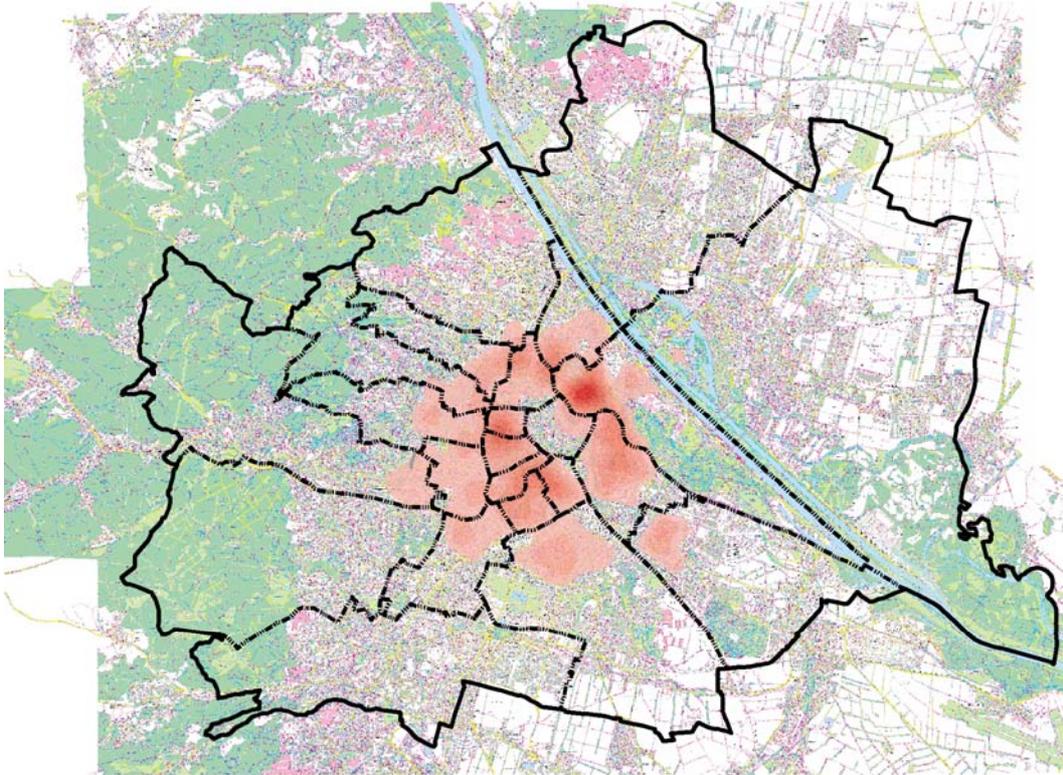
Wieden: die Gegend westlich der Favoritenstraße

Margareten: die Gegend um die Reinprechtsdorferstraße

Mariahilf: die Gegend zwischen Wienzeile und Reinprechtsdorferstraße

Alsergrund: Bezirksgrätzl Lichtental und Rossau

Brigittenau: die Gegend um die Wallensteinstraße bis zum Wallensteinplatz



Grafik 3: Einbruchdiebstahl 2004: Dichteberechnung

Quelle: Kriminalpolizeiliche Lageevidenz

Die Dichteberechnung (Grafik 3) zeigt ein Bild, in dem sich die stärker belasteten Gebiete mit den gründerzeitlichen Problemgebieten weitgehend decken. Die rosa gefärbten Bereiche reflektieren dabei lediglich die dichte Verbauung der innerstädtischen Wohngebiete. Herausragend sind aber die beiden roten „Hot-Spots“ im Bereich Karmeliterviertel im 2. Bezirk und die Häuserblocks diesseits und jenseits der Josefstädterstraße im 7. und 8. Bezirk. In Stadtrandsiedlungen scheint es keine Konzentration von Wohnungseinbrüchen zu geben.

VI. Modus

Im Jahr 2004 wurden die meisten Wohnungseinbrüche (5.869 Fälle) durch „Abdrehen / Abbrechen des Schlosses“ begangen. In weiteren 2.261 Fällen wurde die Tür oder das Schloss aufgebrochen. 443 Fälle werden dem Modus „Riegelzug“ zugeordnet (vgl. Tabelle 4).

Modus	Anzahl
Abdrehen / Abbrechen (Schloss)	5.896
Aufbrechen	2.261
Riegelzug	443
Sonstiger Modus	360
Nachsperrern	251
Einsteigen	178
Abziehen (Schloss)	92
Einschlagen	92
Unbekannter Modus	91
Türe	76
Aufreißen	42
Fenster	41
Abmontieren	38
Balkontüre	32
Einschleichen	28
Schloßstich	25
Fassadenkletterer	9

Tabelle 4: Einbruch-Modus

Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

VII. Diebsgut

Seitdem die Polizei auch das Diebsgut registriert weiß man, dass in einem Viertel der registrierten Fälle (3.120) nichts gestohlen wird, entweder weil nichts Brauchbares zu finden war, oder weil man beim Einbruch gestört wurde und flüchten musste. Am häufigsten werden Schmuck, Juwelen und Uhren gestohlen (3.147 Fälle) (siehe Tabelle 5).

Diebsgut	Anzahl
Schmuck/Juwelen/Uhren	3.147
kein gestohlenen Gut	3.120
Zahlungsmittel (Geld, Gutscheine Jetons)	1.924
Foto-/Film-/optische Geräte	1.157
Computer/Zubehör	872

Tabelle 5: Diebsgut 2004 (auszugsweise)

Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

Die Polizei registriert seit dem Jahr 2005 auch die Bauform und unterscheidet zwischen Wohnungseinbruch und Wohnhauseinbruch. Dazu kann nur auf den jüngsten

Erhebungszeitraum der Polizei (1.6.2005 – 14. 9. 2005) zurück gegriffen werden. Das Verhältnis von Wohnungs- und Wohnhauseinbruch beträgt etwa 90:10.

Keine Aufzeichnungen gibt es darüber, wie das Wohnobjekt gesichert war bzw. über die Wohnrechtsform (Eigentum, private Hauptmiete, Gemeindewohnung, Genossenschaftswohnung), oder über kriminogene Faktoren wie Siedlungsstruktur, Baustruktur, Sozialstruktur, wirtschaftliche Daten des Wohngebiets oder gar über Kontrollstrukturen durch bestimmte Verhaltensmerkmale in einem Wohnviertel. Hier könnten weitere Forschungsprojekte ansetzen. Beispielsweise könnten Informationen über Nachbarschaftskontakte, Anwesenheit/Abwesenheit der BewohnerInnen untertags (Hausbesorger) oder die Infrastruktur des Wohnviertels (Geschäfte, Gewerbegebiet, Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, lokale Treffpunkte, emotionale Verbundenheit mit dem Wohnviertel - „Lokalpatriotismus“) gesammelt und damit die Tatgelegenheitsstruktur offengelegt werden.

c) Einbruchschutz in Privathaushalten

In einer eigens für diese Studie durchgeführten Telefonbefragung unter der Wiener Wohnbevölkerung (Stichprobe 1.000 Haushalte) wurde sowohl nach Vorkehrungsmaßnahmen zum Einbruchschutz als auch nach Einstellungen zur Risikoeinschätzung gefragt. An dieser Stelle wird zunächst auf die Ausstattung der Wiener Haushalte mit Einbruchschutz eingegangen, soweit das aus den Befragungsdaten hervorgeht. Dazu werden auch Daten aus früheren Studien herangezogen.

In der aktuellen Telefonumfrage wurde nach folgenden privaten Sicherheitsvorkehrungen gefragt: Spezielle Sicherheitstür, Sicherheitsfenster, Scherengitter, Sicherheitsschloss, Alarmanlage, Wachhund, Videoüberwachung, Bewegungsmelder. Insgesamt haben 76% aller Befragten mindestens eine der genannten Sicherheitsvorkehrungen, 24% (das sind 241 von 1.000 Haushalte) haben keine der genannten Maßnahmen.

Welche Sicherheitsvorkehrungen sind vorherrschend?	
Sicherheitsschloss	51%
Sicherheitstür	45%
Sicherheitsfenster	21%
Bewegungsmelder	16%
Alarmanlage	11%
Wachhund	11%
Scherengitter	5%
Videoüberwachung	4%

Tabelle 6: Technische Sicherheitsvorkehrungen

Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

I. Was lässt sich über die Verteilung von Einbruchschutzmaßnahmen im Wiener Stadtgebiet sagen?

Es ist wenig überraschend, dass Sicherheitstüren, Sicherheitsschlösser, Alarmanlagen, Bewegungsmelder und Videoüberwachungen in Eigentumswohnungen bzw. –häusern häufiger vorhanden sind als in Gemeindebauwohnungen. Bezüglich der *Wohnform* ist festzuhalten, dass Leute *ohne* Sicherheitsvorkehrungen am häufigsten in privater Hauptmiete wohnen. Auch Gemeindewohnungen sind im Vergleich mit den anderen Wohnformen weniger gut gesichert. Besser gesichert sind Eigentumswohnungen und Genossenschaftswohnungen (vgl. Tabelle 7).

WOHNRECHTSVERHÄLTNIS	Sicherheitsvorkehrungen		
	Mind. 1	keine	gesamt
Eigentum	84%	16%	100%
Private Hauptmiete	69%	31%	100%
Gemeindewohnung	69%	31%	100%
Genossenschaftswohnung	82%	18%	100%

Tabelle 7: Technische Sicherheitsvorkehrungen und Wohnrechtsverhältnis

Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

Ungesicherte Haushalte finden sich außerdem vermehrt in mehrgeschossigen Wohnhäusern und größeren Wohnhausanlagen. Umgekehrt lässt sich sagen, dass Ein- oder Zweifamilienhäuser und Reihenhäuser allgemein besser gesichert sind als Wohnungen in größeren Wohnhäusern und Wohnhausanlagen (vgl. Tabelle 8).

BAUFORM	Sicherheitsvorkehrungen		
	Mind. 1	keine	gesamt
Ein- oder Zweifamilienhaus	89%	11%	100%
Reihenhaus, Flachbau	85%	15%	100%
Wohngebäude bis 30 Wohnungen	71%	29%	100%
Größere Wohnhausanlage	76%	24%	100%

Tabelle 8: Technische Sicherheitsvorkehrungen und Bauform

Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

Es bestätigt sich damit lediglich die Vermutung, dass das *Wohnrechtsverhältnis* (Eigentum oder Miete) sowie die *Bauform* einen deutlichen Einfluss auf die Anwendung technischer Einbruchschutzmaßnahmen ausüben. Ein höheres Opferrisiko lässt sich daraus aber nicht eindeutig ablesen. Obwohl Einfamilienhäuser im allgemeinen besser gesichert sind, stellen sie einen großen Anreiz für Einbrecher dar, die offenbar der Überlegung folgen, dass dort mehr erbeutet werden kann. Hinter der Wohnrechtsvariable verbirgt sich offensichtlich eine Schichtungsvariable. Insofern ist die Aussage „bei mir ist nicht viel zu holen“ als Begründung für die Nachlässigkeit aus der Sicht der BewohnerInnen durchaus berechtigt. Als häufigste Begründung für unterlassene Sicherheitsmaßnahmen wird allerdings genannt, dass man sich „auch so ausreichend sicher fühlt“ (55% von 241 Befragten, die keine der genannten Schutzmaßnahmen haben). Das trifft besonders für die Altersklasse der unter 30-Jährigen und für Wohnungs- oder Hauseigentümer zu. Für insgesamt 17% sind Sicherheitsvorkehrungen zu teuer. 12% sagen, „es gibt Nachbarn, die aufpassen“ und 10% geben an, „noch nicht daran gedacht zu haben“. Für 9% der Befragten ist mit der Haushaltsversicherung genügend Absicherung gegeben.

II. Welche Sicherheitsvorkehrungen werden von den Haushalten benötigt?

Nun kann gefragt werden, ob in jenen ungesicherten Haushalten überhaupt Bedarf einer Verbesserung besteht. Dazu zeigt das Ergebnis: Von jenen 241 Haushalten (24% der Gesamtstichprobe) die **keine der genannten Sicherheitsvorkehrungen** haben, würden...

- ...34% ein Sicherheitsschloss
- ...33% eine Sicherheitstür
- ...10% Sicherheitsfenster
- ...9% eine Alarmanlage
- ...8% einen Bewegungsmelder
- ...6% einen Wachhund
- ...5% eine Videoüberwachung
- ...5% Scherengitter ...

... **dringend oder eher schon benötigen**. Damit zeigt sich, dass Sicherheitsschlösser und Sicherheitstüren von allen technischen Einbruchschutzmaßnahmen am attraktivsten erscheinen. Andererseits werden Sicherheitsschlösser und/oder Sicherheitstüren von weniger als 10% der Gesamtstichprobe nachgefragt.

III. Welche Sicherheitsvorkehrungen wurden von den Haushalten im letzten Jahr angeschafft?

Innerhalb des letzten Jahres wurde von...

- ...**6%** der Haushalte in der Stichprobe ein **Sicherheitsschloss** angeschafft (64 Haushalte),
- ...**5%** der Haushalte in der Stichprobe eine **Sicherheitstür** angeschafft (51 Haushalte),
- ...**3%** der Haushalte in der Stichprobe ein **Bewegungsmelder** angeschafft (28 Haushalte),
- ...**2%** der Haushalte in der Stichprobe eine **Alarmanlage** angeschafft (20 Haushalte),
- ...**2%** der Haushalte in der Stichprobe **Sicherheitsfenster** angeschafft (24 Haushalte),
- ...**1%** der Haushalte in der Stichprobe ein **Wachhund** angeschafft (11 Haushalte),
- ...**1%** der Haushalte in der Stichprobe eine **Videoüberwachung** angeschafft (9 Haushalte),
- ...**0.5%** der Haushalte in der Stichprobe **Scherengitter** angeschafft (5 Haushalte).

Diese Ergebnisse zur Anschaffung von Sicherheitsvorkehrungen zeigen, dass Einbruchschutz für die Wiener Bevölkerung kein akutes Problem darstellt. Nur sehr wenige Wiener Haushalte haben im letzten Jahr sicherheitstechnisch „aufgerüstet“. Das Ergebnis kann als "relative Gelassenheit der Wiener Bevölkerung" interpretiert werden. Auf das Thema Sicherungsbereitschaft und Problembewußtsein wird später noch einzugehen sein.

d) Die Förderung zum Einbau von Sicherheitstüren durch die Gemeinde Wien

In einem Angebot der Gemeinde Wien zur Förderung bei Wohnungsverbesserung heißt es⁸:

Für den Einbau einer einbruchshemmenden Wohnungseingangstüre, welche nach der ÖNORM B 5338 geprüft und gekennzeichnet zu sein hat, kann ein einmaliger nichtrückzahlbarer Beitrag im Ausmaß von zwanzig Prozent der Kosten, maximal jedoch vierhundert Euro, gewährt werden. Mit dem Einbau kann ohne vorheriger Zustimmung zum Baubeginn begonnen werden. Dem Ansuchen ist die Firmenrechnung, datiert bis drei Monate vor Förderungsantragstellung (allerdings mit einem Datum nach Inkrafttreten der Sanierungsverordnungs-Novelle, das ist der 19. April 2005), ein entsprechendes Zertifikat hinsichtlich der Einhaltung der ÖNORM B 5338 sowie - bei einer Mietwohnhausanlage - die Zustimmung des Hauseigentümers zum Türeinbau anzuschließen.

Voraussetzungen:

- *Die Wohnnutzfläche der Wohnung muss zwischen 22 und 150 Quadratmeter betragen.*
- *Das Baubewilligungsjahr des Hauses muss 20 Jahre mindestens zurückliegen.*
- *Der Förderungswerber/die Förderungswerberin muss den Hauptwohnsitz in der Wohnung führen.*

Der Einbau solcher Türen in Eigenheimen, Kleingartenwohnhäusern und Reihenhäusern, sowie der bloße Austausch von Schlössern etc., wird von der Förderung nicht erfasst.

Durch die in der Ankündigung genannten Einschränkungen wird mit der Förderung bewusst ein bestimmtes Zielpublikum angesprochen: Gefördert werden insbesondere Wiener Haushalte im dicht verbauten Stadtgebiet, in Mietwohnungen und Altbauten. Durch den Ausschluss von Haushalten in Eigenheimen und Neubauten zielt die Maßnahme insbesondere auf sozial schwächere Bevölkerungsschichten im Wiener Stadtgebiet. Durch die Vorschrift der Einhaltung der Normierung soll außerdem ein hoher Qualitätsstandard der Sicherheitstüren sicher gestellt werden.

Bevor auf die Details der Auswertung über die Akzeptanz bzw. das Interesse an der Förderung eingegangen wird, soll über den aktuellen Bestand an Sicherheitstüren in Wien berichtet werden. Folgende Informationen können aus der aktuellen Telefonbefragung abgeleitet werden:

⁸<http://www.wien.gv.at/ma50st/verbesserung/wohnung.htm#tueren> (zuletzt abgefragt: 8. Nov. 2005)

I. State-of-the-art von Sicherheitstüren

- Insgesamt 45% der Befragten geben an, in ihrem Haushalt eine Sicherheitstür eingebaut zu haben.
- Im letzten Jahr wurde von nur 51 Haushalten (5% der Stichprobe) eine Sicherheitstür angeschafft. Diese Entscheidung ist statistisch unabhängig von der Angabe, ob in der unmittelbaren Wohnumgebung im letzten Jahr eingebrochen wurde oder nicht.
- Eine Überprüfung des Zusammenhangs zwischen *Alter* der Befragten und dem Einbau einer Sicherheitstür zeigt, dass mit zunehmendem Alter Sicherheitstüren eher vorhanden sind. Nur etwa ein Drittel der unter 30-Jährigen geben an, eine Sicherheitstür zu haben, während bei über 60-Jährigen Sicherheitstüren zu 50% vorhanden sind.
- *Single-Haushalte* haben in geringerem Ausmaß Sicherheitstüren installiert (38%).
- Ein deutlicher Unterschied zeigt sich in den Angaben zur Wohnform:

WOHNFORM	Sicherheitstür	
	ja	Nein
Ein- oder Zweifamilienhaus	56%	54%
Reihenhaus	60%	40%
Wohngebäude bis 30 Wohnungen	42%	58%
Größere Wohnhausanlage	44%	56%

Tabelle 9: Sicherheitstüren und Wohnform
 Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

- Eine Sicherheitstür ist in Ein- oder Zweifamilienhäusern und in Reihenhaussiedlungen häufiger vorhanden als in größeren Wohngebäuden und Wohnhausanlagen.
- Eine Sicherheitstür ist in Eigentumswohnungen bzw. –häusern besonders häufig (60%), in privaten Mietwohnungen dagegen besonders selten zu finden (30%).
- Eine statistische Auswertung zeigt deutlich einen hohen Zusammenhang zwischen der Installation einer Sicherheitstür und der Einschätzung der Sicherheit der Wohnung. Eine Sicherheitstür steigert das Sicherheitsgefühl.

SICHERHEITSGEFÜHL	Sicherheitstür	
	ja	Nein
Sehr sicher oder sicher	68%	35%
Mittel	24%	37%
Wenig sicher oder gar nicht sicher	8%	28%
	100%	100%

Tabelle 10: Sicherheitstüren und Sicherheitsgefühl
 Quelle: Telefonbefragung

II. Die Akzeptanz der Förderung durch die Gemeinde Wien

38% der Befragten (381 Personen) haben zum Zeitpunkt der Befragung im Juni 2005 gehört oder gelesen, dass die Gemeinde Wien den Einbau von einbruchshemmenden Sicherheitstüren mit 20% und max. 400,- Euro fördert. 62% haben von der Förderung noch nicht gewusst.

Wie haben die Befragten von der Aktion erfahren?	
Aus der Zeitung	40%
Aus der Bezirkszeitung, Bezirksblatt	29%
Fernsehen, Radio, Homepage	22%
Von einschlägigen Firmen	6%
Durch die Hausverwaltung	5%
Bekannte, Verwandte, Nachbarn	9%
Andere Informationsquellen	11%
Keine Angabe	2%

Tabelle 11: Wie haben die Menschen von der Förderaktion erfahren?

Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

Von den 547 Haushalten ohne Sicherheitstüre (55% der Gesamtstichprobe) geben 357 Haushalte an, eine Sicherheitstüre nicht zu benötigen. 157 Haushalte, oder 16% der Gesamtstichprobe, würden eine Sicherheitstüre benötigen. Von diesen 157 Haushalten bekunden 117 (12% der Gesamtstichprobe) ein grundsätzliches Interesse an der Förderung durch die Gemeinde Wien.

Sicherheitstüre...	Haushalte	Prozent
... vorhanden	453	45%
... nicht vorhanden	547	55%
... nicht vorhanden und nicht benötigen	357	36%
... nicht vorhanden und benötigen	157	16%
... nicht vorhanden und benötigen und Interesse an Förderung	117	12%
N=1.000 / 100%		

Tabelle 12: Sicherheitstüren in Wiener Haushalten

Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

Will man genauere Informationen über jene 117 Haushalte erlangen, die keine Sicherheitstüre haben, eine solche benötigen und auch Interesse an der Förderung durch die Gemeinde Wien bekunden, so kann man die Variablen zu Bauform, Rechtsform und Lage im Stadtgebiet auswerten (Tabellen 13 bis 16):

- 95% dieser Teilpopulation wohnen in größeren Wohnhäusern oder Wohnhausanlagen
- Ein Drittel wohnt in privater Hauptmiete
- Drei Viertel wohnen im dicht verbauten Gebiet
- Das Bualter der Wohnhäuser spielt dabei keine Rolle.

Wohnen Sie in einem ...?		Häufigkeit	Prozent
Gültig	Ein- oder Zweifamilienhaus	3	2,6
	Reihenhaus, Flachbau	3	2,6
	Wohngebäude bis 30 Wohnungen	61	52,1
	größeren Wohnhausanlage	50	42,7
	Gesamt	117	100,0

Tabelle 13: Wohnformen in Wien
Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

Und hat Ihr Haushalt die Wohnung/das Haus ...?		Häufigkeit	Prozent
Gültig	im Eigentum	21	17,9
	in privater Hauptmiete	42	35,9
	Gemeindewohnung	27	23,1
	Genossenschaftswohnung	26	22,2
	Gesamt	116	99,1
Fehlend	keine Angabe	1	,9
Gesamt		117	100,0

Tabelle 14: Wohnrechtsformen in Wien
Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

Liegt Ihre Wohnung in einem...?		Häufigkeit	Prozent
Gültig	eher dicht bebauten Wohngebiet	85	72,6
	oder in einem eher locker bebauten Wohngebiet	32	27,4
	Gesamt	117	100,0

Tabelle 15: Wohnlage in Wien
Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

Wann ca. wurde Ihr Wohnhaus errichtet?		Häufigkeit	Prozent
Gültig	vor dem Jahr 1945	37	31,6
	zwischen 1945 und 1970	38	32,5
	nach 1970	40	34,2
	Gesamt	115	98,3
Fehlend	keine Angabe	2	1,7
Gesamt		117	100,0

Tabelle 16: Wohnlage in Wien
Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

Jene 444 Haushalte, die bislang die Förderung nicht in Anspruch genommen haben, die aber ein grundsätzliches Interesse an der Förderung bekunden, wurden weiters gefragt, wie viel Geld sie bereit wären, für eine Sicherheitstüre auszugeben:

Wie viel Geld wären Sie bereit, für eine einbruchshemmende Türe maximal auszugeben?		Häufigkeit	Gültige Prozen-te
Gültig	bis 500,- Euro	123	27,7
	bis 1.000,- Euro	112	25,2
	bis 1.500,- Euro	63	14,2
	bis 2.000,- Euro	46	10,4
	bis 2.500,- Euro	17	3,8
	mehr als 2.500,- Euro	18	4,1
	keine Angabe	65	14,6
	Gesamt	444	100,0

Tabelle 17: Investitionsbereitschaft in Sicherheitstüren
Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

Die Ergebnisse werden durch die Frage zur Einstellung über Alarmanlagen ergänzt: Wie viel Geld sind jene Haushalte bereit für eine Alarmanlage auszugeben, die keine besitzen und eine solche brauchen?

Wie viel Geld wären Sie bereit, für eine Alarmanlage auszugeben?		Häufigkeit	Gültige Prozen-te
Gültig	bis 500,- Euro	30	31,6
	bis 1.000,- Euro	25	26,3
	bis 1.500,- Euro	11	11,6
	bis 2.000,- Euro	2	2,1
	bis 2.500,- Euro	2	2,1
	mehr als 2.500,- Euro	5	5,3
	keine Angabe	20	21,1
	Gesamt	95	100,0

Tabelle 18: Investitionsbereitschaft in Alarmanlagen
Quelle: Telefonbefragung

66% dieser Befragten wären bereit, die Alarmanlage an eine Notrufzentrale anzuschließen. 18% wären dazu ausdrücklich nicht bereit.

III. Einschätzung der Marktlage durch kommerzielle Anbieter von Sicherheitstüren

Anbieter von Sicherheitstüren berichten eine deutliche Absatzsteigerung im Jahr 2005, den sie auf eine „verkaufsstärkende Wirkung“ durch die Förderaktion der Gemeinde Wien zurückführen. Dazu haben die Firmen selbst mehr oder weniger aktiv beigetragen, indem sie beim Verkauf die Förderantragsformulare entweder gemeinsam mit den Kunden ausgefüllt, oder sie diesen mitgegeben haben. Die finanzielle Vergünstigung scheint jedoch für Kunden eher als willkommener Nebeneffekt zu gelten, denn als Motivation und Auslöser für den Weg

zur Sicherheitsfirma. Von den Geschäftsleuten der Sicherheitsindustrie zum Einbruchschutz wurde eine Ausweitung der Förderung angeregt, bei der nicht nur Wohnungseigentümer bzw. Mieter, sondern auch die Wohnbaugenossenschaften, Hausverwaltungen und die Versicherungswirtschaft bedient werden.

Folgende Aussagen konnten von Geschäftsführern von Sicherheitsfirmen telefonisch eingeholt werden:

„Von den 878 Kunden im Jahr 2005 haben etwa 550 (zwei Drittel) das Angebot zur Förderung durch die Gemeinde Wien angenommen.“

„Nachdem vom Berater die Information über die Fördermöglichkeit regelmäßig erteilt wird, kann angenommen werden, dass Kunden die Förderung zu 100% nutzen, sofern sie anspruchsberechtigt sind.“

„Geschätzte 75-80% der Kunden fallen in die Gruppe der Anspruchsberechtigten Haushalte für eine Förderung durch die Gemeinde Wien. Die Förderaktion konnte den Absatz um etwa 15% steigern. Jährliche Absatzsteigerungen können aber auch auf die Entwicklung neuer Produkte und auf den hohen Grad der Verunsicherung in der Bevölkerung zurückgeführt werden. Die Förderung gilt als hilfreiches Begleitargument im Verkauf, wenn bereits Interesse und eine vorsichtige Kaufmotivation beim potentiellen Kunden vorhanden sind.“

„Von den insgesamt 1.329 im Jahr 2005 in Wien und Niederösterreich verkauften Sicherheitstüren beträgt der Absatz in Wien 640 Türen, von denen 330 Stück der Widerstandsklasse (WK) 3, 200 Stück der WK 2 und 110 Stück der WK 1 nach ÖNORM 5337 verkauft wurden. Dabei wurde zu beinahe 100% die Förderung der Gemeinde Wien in Anspruch genommen.“

4) Rekonstruktion der Sicherheitsarbeit in der Praxis

Die Verantwortung für Einbruchschutz liegt nicht allein bei den BewohnerInnen, sondern wird in weitem Ausmaß auch von der Politik und von der Wohnbauwirtschaft getragen. Experteninterviews wurden daher mit jenen Vertretern von Wohnbaugenossenschaften, Hausverwaltungen und der Gemeinde Wien durchgeführt, die in verantwortungsvoller Position mit Sicherheitsfragen betraut sind oder bereits Erfahrungen mit Sicherheitsinitiativen in ihren Wohnobjekten gemacht haben bzw. Maßnahmen zum verbesserten Einbruchschutz in Zukunft berücksichtigen wollen. Darüber hinaus wurde auch mit dem Geschäftsführer einer Sicherheitsfirma (Sicherheitstüren) ein Interview geführt.

Die Leitfäden für Experteninterviews wurden insbesondere nach folgenden Interessensschwerpunkten ausgerichtet:

- In welchem Ausmaß ist Einbruchschutz ein Thema für diese Einrichtungen? In welcher Funktion sehen sich Wohnbaugenossenschaften und Hausverwaltungen in Sicherheitsfragen?
- Welche Maßnahmen können Wohnbauträger zur Sicherheit im Wohngebiet setzen?
- Welche Erfahrungen gibt es mit institutionellen Angeboten zum Wohnobjektschutz? Welche Angebote wurden gemacht und (wie) haben Bewohner darauf reagiert? Welche Erfahrungen gibt es mit Förderungen von Objektschutz (Akzeptanz, Ignoranz)?
- Welche Informationen, Ressourcen, Kooperationen benötigen diese Einrichtungen, um auf dem Gebiet des Einbruchschutzes aktiver sein zu können?
- Werden von den Bauträgern international gültige Richtlinien zum Einbruchschutz und zur Wohnsicherheit berücksichtigt?

Zu den Experten zählen auch jene Initiatoren der Förderungsinitiative der Gemeinde Wien:

- Welche Absichten und Ziele standen am Ausgangspunkt der Aktion zur Förderung für die Privathaushalte?

Persönliche Interviews konnten in den Wohnbaugenossenschaften GESIBA und SOZIALBAU jeweils mit den Gruppenleitern der Abteilung „Hausverwaltungen“ geführt werden. Der Ansprechpartner in der Baugenossenschaft ALTMANNSDORF-HETZENDORF war wegen Urlaub bzw. Firmenübersiedlung nicht für ein persönliches Gespräch zu gewinnen.

a) Institutionelle Strukturen zum Einbruchschutz

In der Vorbereitungsarbeit und in den Interviews selbst wurde versucht, Information über institutionelle Einrichtungen, die mit Einbruchschutz und Wohnsicherheit im weitesten Sinn befasst sind, zu erarbeiten. Dabei geht es nicht um Überwachungstätigkeiten, sondern um Dienstleistungsangebote von Polizei, Wohnbaugenossenschaften, Hausverwaltungen und der Gemeinde Wien. Diagramm 1 zeigt die institutionelle Struktur, auf Aktivitäten wird später eingegangen.

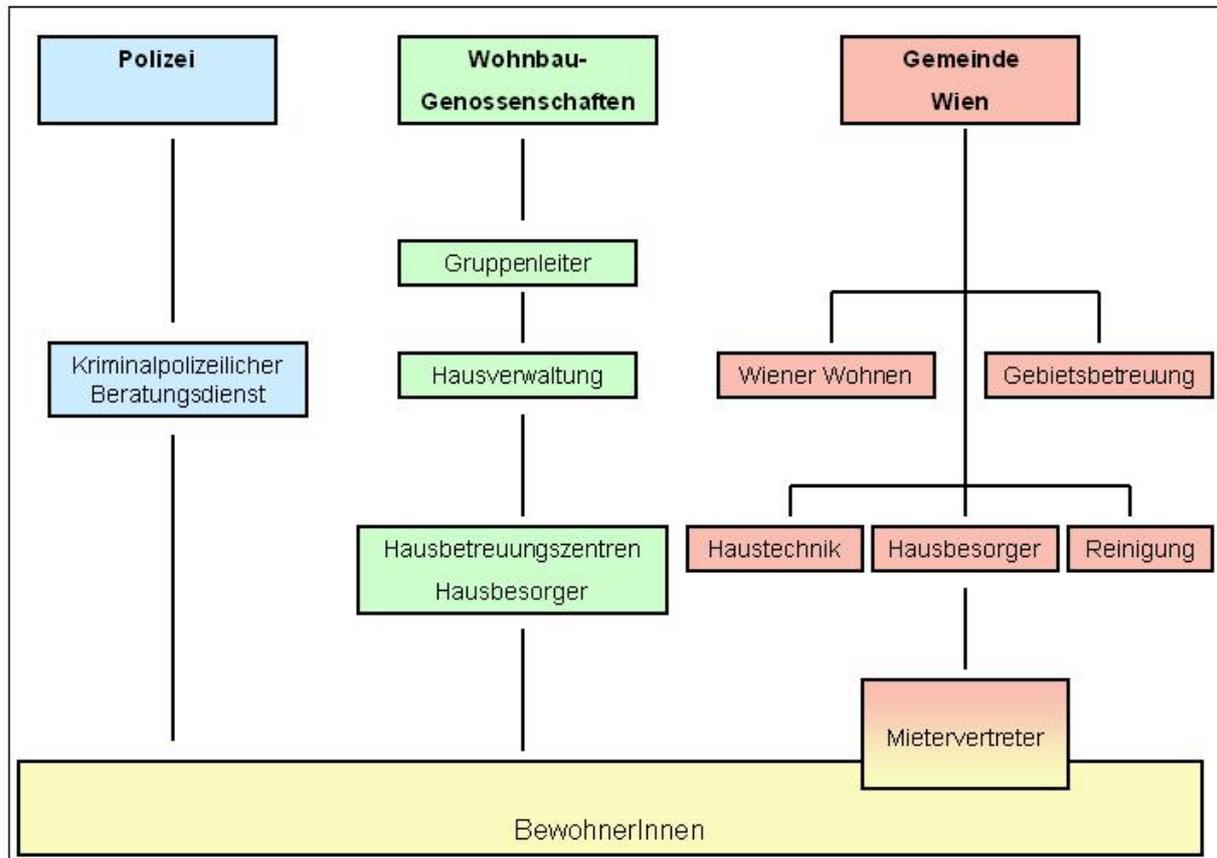


Diagramm 1: Institutionelle Strukturen zum Einbruchschutz in Wien

Die Informationsstelle der *Wiener Polizei* ist der Kriminalpolizeiliche Beratungsdienst (KBD) mit seiner zentralen Dienststelle in der Andreasgasse im 7. Wiener Gemeindebezirk. In den Schauräumen sind technische Sicherheitsprodukte (Sicherheitstüren und -fenster, Alarmanlagen etc.) ausgestellt. Hier werden aber auch Vorträge für Wohngemeinschaften oder Siedlungsvereine angeboten und Einzelberatungen zum Einbruchschutz für BewohnerInnen vor Ort vereinbart.

Große *Wohnbaugenossenschaften* sind in „Gruppen“ organisiert. Die „Gruppe Hausverwaltungen“ ist mit der Koordination von Sicherheitsagenden betraut. Als Schnittstelle

zwischen Hausverwaltungen und den BewohnerInnen wurde in der Wohnbaugenossenschaft GESIBA neben den traditionellen Hausbesorgern ein „Hausbetreuungszentrum“ eingerichtet.

Die *Gemeinde Wien* als einer der größten Wohnbauträger in Wien, setzt zwei Serviceeinrichtungen ein. Die Wiener Gebietsbetreuungen stellen als bezirks- und grätzelbezogene Serviceeinrichtungen „ein umfassendes Informations- und Beratungsangebot zu Fragen des Wohnens, des Wohnumfeldes, der Infrastruktur, der Stadterneuerung, des Gemeinwesens und des Zusammenlebens in den Betreuungsgebieten zur Verfügung“⁹. "Wiener Wohnen" fungiert als Hausverwaltung für die Anlagen der Gemeinde Wien.

In manchen Wiener Gemeindebauten werden *Mietervertreter* eingesetzt, die als Schnittstelle zwischen Wiener Wohnen und den BewohnerInnen agieren. Im Unterschied zu den MitarbeiterInnen in den Hausbetreuungszentren der GESIBA werden die Mietervertreter von den BewohnerInnen gewählt und arbeiten ehrenamtlich. *Hausbesorger* findet man noch, aber immer seltener, sowohl in Gemeindebauten als auch in Genossenschaftsbauten.

b) Aktivitäten und Einstellungen von Wohnbauträgern

I. Aktionsrahmen der Wohnbaugenossenschaften

Nach Interviews mit Repräsentanten von Genossenschaften und Hausverwaltungen stellt sich die Lage ambivalent dar: Genossenschaften schätzen ihre Aufgaben bezüglich Einbruchschutz sehr unterschiedlich ein. Einerseits sieht man sich zu aktiver Mitgestaltung der Wohnsicherheit verpflichtet, andererseits überträgt man die Verantwortung gerne den Mietern und begnügt sich mit der Einhaltung baurechtlicher Vorschriften.

Nicht zuletzt in Sicherheitsfragen werden Genossenschaften im Weg über eine administrative Kommunikationsstelle tätig, die als Bindeglied zwischen den Mietern und den Hausverwaltungen fungieren. In dieser Untersuchung sollte daher der Fokus besonders auf jene Schnittstellen zwischen der Verwaltung und den Bewohnern gerichtet werden: Welche soziale und administrative Funktionen in Bezug auf Wohnsicherheit fallen diesen Einrichtungen zu?

⁹ <http://www.gebietsbetreuungen.wien.at/> (zuletzt abgefragt: 8. Nov. 2005)

In einer administrativen Annäherung zwischen Genossenschaften und Mietern werden einerseits *Hausbetreuungszentren* andererseits sogenannte *Hausvertrauenspersonen* eingesetzt. Die Hausbetreuungszentren stellen eine Verwaltungseinheit dar, die mit den Hausverwaltungen in direktem Kontakt stehen und als erste Anlaufstelle für Beschwerden, Wünsche und Anregungen der Mieter zu allgemeinen Wohnthemen aber auch zum Thema Sicherheit / Einbruchschutz dienen. Zum Tätigkeitsfeld gehören aber auch die Behebung bautechnischer Mängel (Beleuchtung, Funktionsstörungen der Aufzüge und Garagentore) und Maßnahmen bei Beschädigungen (Graffiti, Vandalismus, Müllablagerungen). Darüber hinaus befasst sich ein Hausbetreuungszentrum auch mit der Einhaltung der Hausordnung, insbesondere mit der Erstellung von Verhaltensregeln beispielsweise im Schwimmbad, auf lokalen Spielplätzen, in Parkanlagen, und Garagen. Bei auftretenden Problemen treffen die Mitarbeiter der Hausbetreuungszentren im Einvernehmen mit den Hausverwaltungen Entscheidungen über entsprechende Maßnahmen.

In den Interviews wurden zwei Beispiele geschildert:

- Zur Vermeidung von Sperrmüllablagerungen beim Müllplatz wurde eine Videoüberwachungsanlage installiert. Die Täter wurden ausgeforscht und zur Rede gestellt. Von einer Anzeige wurde vorerst abgesehen.
- Zur Kontrolle der vorgeschriebenen Benützungzeiten des Schwimmbads wurde entschieden, zumindest den Eingang mit Hilfe einer Videoanlage zu überwachen. Die Überwachung des Schwimmbads selbst wurde jedoch von den Mietern aus ethischen Gründen zum Schutz der Privatsphäre abgelehnt.

Die Entscheidung über die Installation von Videoüberwachungsanlagen wurde von den Mitarbeitern des Hausbetreuungszentrum gemeinsam mit der Hausverwaltung als Reaktion auf diverse Vorfälle und Beschwerden getroffen. Die Mieter wurden anschließend darüber informiert, waren aber im Entscheidungsprozess nicht involviert.

In konkreten Sicherheitsfragen beschränkt man sich auf die Verteilung von Informationsmaterial in der Form von Mitteilungen an den Anschlagtafeln, in Schaukästen und in Aufzügen als Aufruf zum Selbstschutz. Diese Informationen werden vom Kriminalpolizeilichen Beratungsdienst zu Verfügung gestellt.

Die Frage nach der Zugangsbeschränkung für hausfremde Personen wird in Zukunft als brisantes Thema eingeschätzt, insbesondere wenn der Zentralschlüssel zum Eingang neben den Briefträgern auch anderen Dienstleistungsbetrieben zu Verfügung steht.

Zusammenfassend umfasst die Sicherheitsarbeit der Hausbetreuungszentren Aktionen zum mechanischen und elektronischen Einbruchschutz und den Appell an sicherheitsbewusstes Verhalten durch die Hausbewohner.

Eine andere Sichtweise bezeichnet eine eher passive Haltung der Genossenschaften: Genossenschaften sehen sich in Fragen des Einbruchsschutzes nicht primär verantwortlich, Einbruchsschutz wird eher als Angelegenheit der Mieter gesehen. Durch die Einhaltung von baurechtlichen Sicherheitsbestimmungen insbesondere im Neubau ist nach dieser Sichtweise der Genossenschaften dem Einbruchsschutz genüge getan.

Bei der Adaptierung in Altbauten beschränken sich Genossenschaften häufig auf die Erhaltungspflicht, respektive auf das Sperren und Schließen der Stiegeingangstür. Anforderungen hinsichtlich des Einbruchsschutzes, die beispielsweise in der ÖNORM B 5338 bezüglich Sicherheitstüren festgelegt sind, werden nicht in der Erhaltungspflicht geregelt.

Zusammenfassend kann diese Haltung der Genossenschaften als eher passiv bezeichnet werden. Viele Genossenschaften reagieren auf konkrete Vorkommnisse in Wohnanlagen, anstelle pro-aktive Maßnahmen zur Prävention von Wohnungseinbrüchen zu setzen.

II. Aktionsrahmen der Gemeinde Wien

Als bezirksbezogene Serviceeinrichtungen stellen die *Gebietsbetreuungen* ein umfassendes Informations- und Beratungsangebot zu Fragen des Wohnens, des Wohnumfeldes, der Infrastruktur, der Stadterneuerung, des Gemeinwesens und des Zusammenlebens in den Betreuungsgebieten zur Verfügung. Aus Gesprächen mit Mitarbeitern der Gebietsbetreuung Favoriten wird deutlich, dass BewohnerInnen sich nur in den seltensten Fällen mit Sicherheitsfragen an diese Stelle wenden. Die Nachfrage nach Sicherheitsberatung, insbesondere zum Einbruchschutz, ist bei den Gebietsbetreuungsstellen besonders gering. Vielmehr geht es um Miet- und Wohnrechtsangelegenheiten, um Wohnhaus- und Blocksanierung, um Innenhofbegrünung und Maßnahmen zur „sanften Stadterneuerung“. Diese Maßnahmen werden jedoch nicht unter dem Thema „Sicherheit“ oder „Kriminalprävention“ behandelt, so wie das in anderen, vorzugsweise amerikanischen, englischen oder holländischen Sicherheitsdiskursen vorkommt. Planungs- und Sicherheitsagenden werden in Wien thematisch nicht verknüpft.

Dem Sicherheitsthema etwas näher stehen die Kundenzentren von *Wiener Wohnen*. Hier ist der technische Dienst beheimatet, der für die Instandhaltung der Gemeindebauten in Wien verantwortlich ist und im Fall von technischen Gebrechen oder Ausfällen (z.B. Beleuchtungen) direkt kontaktiert werden kann. Die Mieter in den Gemeindebauten, die von Wiener Wohnen betreut werden, haben das Recht *Hausvertrauenspersonen* zu bestimmen, die als „Sprecher“ die Interessen der Mieter gegenüber Wiener Wohnen vertreten können. Wiener Wohnen begrüßt die Institution der Hausvertrauenspersonen, fördert diese aber nicht ausdrücklich.

Aber auch im Fall der Verwaltung von Gemeindebauten ist zu bemerken, dass diese auf Sicherheitsprobleme eher reagiert als aktiv Akzente zu setzen. Es ist lediglich eine einzige Initiative bekannt, die als ein umfassendes Wohnsicherheitskonzept gelten kann: Die von den Architektinnen Prochazka, Podreka, Peretti und Ullmann geplante Wohnhausanlage „Frauen-Werk-Stadt“ am Wiener Stadtrand (Donaufelder Straße 97 / Carminweg 6, 1210 Wien), die unter besonderer Berücksichtigung eines sicherheitsgerechten Designs der Innen- und der Außenräume gestaltet wurde (Stummvoll 2004).¹⁰

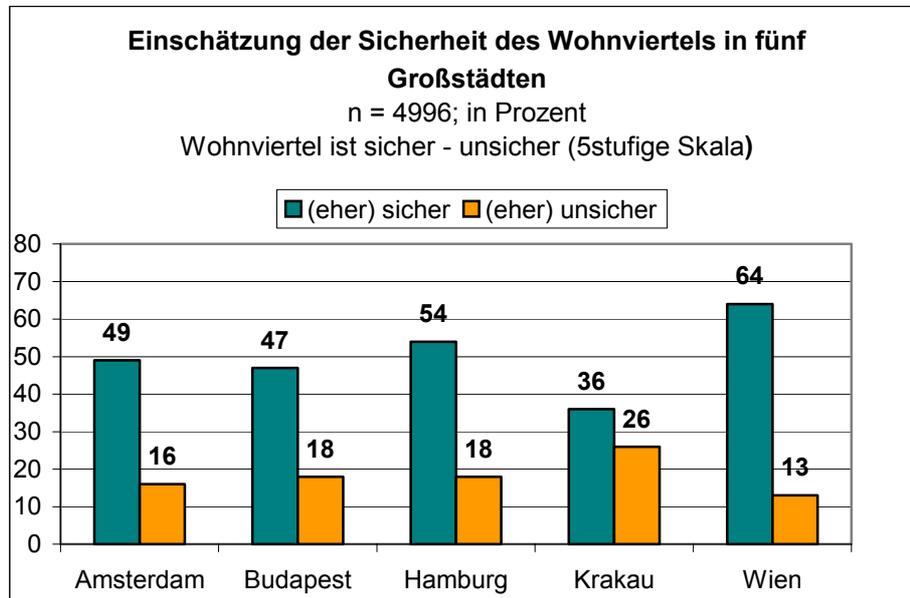
c) Die Einstellung der Wiener Bevölkerung zum Einbruchschutz

Der Versuch über Hausverwaltungen, Genossenschaften, Wiener Wohnen oder die Gebietsbetreuung interessierte BewohnerInnen für Fokusgruppeninterviews zum Thema Einbruchschutz zu rekrutieren war erfolglos. „Der Ost-Österreicher ist ein Lethargiker“, wie ein Interviewpartner treffend bemerkt hatte. Diese Haltung ist durchaus kongruent mit den Informationen aus der Wiener Bevölkerung, die seit längerem immer wieder in diversen Umfragen zur Wohnsicherheit erhoben werden. Aus der relativ hohen Wohnzufriedenheit und dem hohen Sicherheitsgefühl wird die geringe Eigenverantwortung und geringe Partizipationsbereitschaft zum Einbruchschutz verständlich. Einige dieser Umfragedaten wurden im Rahmen dieses Forschungsprojekts in einer Sekundäranalyse ausgewertet und werden an dieser Stelle kurz dargestellt. Im Anschluss daran werden einige Argumente zur Wohnsicherheit nachgezeichnet, die aus den qualitativen Interviews mit den Mietervertretern sowie aus den Beobachtungen von kommunalen Veranstaltungen zur Sicherheit gewonnen werden konnten.

I. Unsicherheitsbefragungen

Europäische Studien stellen Wien ein besonders positives Zeugnis aus. In dem von der Europäischen Kommission geförderten Forschungsprojekt „Insecurities in European Cities“ wurde das subjektive Sicherheitsgefühl in Zusammenhang mit Lebensqualität und Infrastruktur

in ausgewählten Stadtteilen in Amsterdam, Budapest, Hamburg, Krakau und Wien untersucht. Die ausgewählten Wiener Stadtteile werden von 65% der WienerInnen als „(eher) sicher“, und von 13% als „(eher) unsicher“ eingeschätzt. Folgende Grafik zeigt den Vergleich mit den anderen Großstädten (vgl. Grafik 4).



Grafik 4: Sicherheitswahrnehmungen in europäischen Großstädten
Quelle: Insecurities in European Cities (Erhebung 2002)

Im Rahmen der Studie „Insecurities in European Cities“ wurde in einer quantitativen Erhebung zum Sicherheitsgefühl gefragt: „Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass jemand in Ihre Wohnung einbricht?“. Ein Viertel der insgesamt 1.079 Befragten hält diesen Fall für „sehr unwahrscheinlich“. Nur 3% halten den Fall für „sehr wahrscheinlich“ (vgl. Tab. 19).

Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass jemand in Ihre Wohnung einbricht?							
Basis	Sehr unwahrscheinlich	Note 2	Note 3	Note 4	Sehr wahrscheinlich	Keine Beurteilung	Mittelwert
1.079	269	449	252	62	30	17	2,19
%	25%	42%	23%	6%	3%	2%	

Tabelle 19: Subjektive Opferwahrscheinlichkeit eines Wohnungseinbruchs
Quelle: Insecurities in European Cities (Erhebung 2002)

Im Jahr 2002 wurde für die Europäische Kommission in den (damals) 15 Mitgliedsstaaten der EU eine Einstellungsbefragung zum Thema Drogen durchgeführt. Die Fragen zur Drogenkriminalität waren eingebettet in eine Fragenbatterie zu allgemeinen Kriminaldelikten, bei der auch Viktimisierungsfurcht und Opfererfahrungen bezüglich Wohnungseinbrüchen

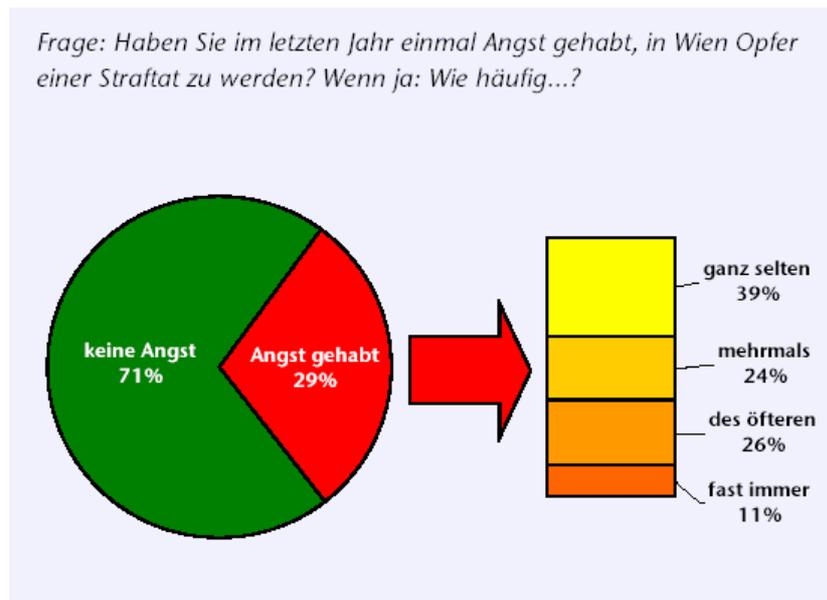
¹⁰ http://www.municipia.at/fallstudien/sp7/o_Name/f0000062.html (zuletzt abgefragt: 8. Nov. 2005)

thematisiert wurden. Bei der Einschätzung des Opferrisikos zum Wohnungseinbruch liegt Österreich gemeinsam mit Deutschland auf den letzten beiden Plätzen des Rankings der 15 Staaten. In Österreich halten nur 14% der Befragten einen Wohnungseinbruch für wahrscheinlich, in Deutschland sind es 11%. Der EU-Schnitt liegt bei 26%, an der europäischen Spitze liegt Griechenland mit 54%.

Die in Österreich, und speziell in Wien durchgeführten Untersuchungen zur Verbrechensfurcht zeigen ähnliche Ergebnisse. Im Rahmen der letzten „Leben in Wien“-Studie aus dem Jahr 2003 konnte ein hohes Sicherheitsempfinden der Wienerinnen und Wiener festgestellt werden. 73% der Befragten geben an, dass sie sich bezogen auf die eigene Wohnumgebung vor Kriminaldelikten (sehr) sicher fühlen. 9% fühlen sich (eher) unsicher.

In der jüngsten Befragung zum Sicherheitsgefühl in Wien, die von IFES gemeinsam mit dem Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie im Mai 2005 durchgeführt wurde, geben 29% der Befragten an, sie hätten im vergangenen Jahr zumindest einmal befürchtet, Opfer eines Delikts zu werden. Dagegen sagen 71% sie hätten keine Angst gehabt (vgl. Grafik 5) „Von jenen, die im Laufe der letzten 12 Monate Ängste vor einer Straftat hatten, sagten vier von zehn Befragten, dass dies nur einmal oder ganz selten der Fall gewesen sei. Bei jeweils einem Viertel der von diesem Gefühl Tangierten traf dies mehrmals oder öfters zu. 11 Prozent dieser Gruppe leben unter fast ständiger Furcht. Umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung umfassen die Letztgenannten nur 3 Prozent. Rechnet man auch jene hinzu, die mehrmals oder öfters Ängste gehabt haben, so kommt man auf einen Gesamtanteil von 18 Prozent an BewohnerInnen, die nicht in einer weitgehenden Unbesorgtheit leben. Das heißt, knapp eine Fünftel der Bevölkerung hatte im letzten Jahr gelegentlich oder öfter die Befürchtung, Opfer eines Deliktes werden zu können (vgl. Projektbericht IFES und IRKS)“.¹¹

¹¹ http://www.irks.at/downloads_frame.html (zuletzt abgefragt am 8. Nov. 2005)



Grafik 5: Verbrechensfurcht Wien allgemein
Quelle: Kriminalängste in Wien 2005

Will man konkret zur Einschätzung der Unsicherheit durch die Wiener Bevölkerung bezüglich Wohnungseinbruch etwas erfahren, dann ist ein Blick auf die Ergebnisse der Studie „Leben und Lebensqualität in Wien (IFES 2003)“ hilfreich¹²: Von insgesamt 8.300 Befragten gaben 68% an, sich bezüglich Wohnungseinbruch „(sehr) sicher“ zu fühlen. 11% fühlten sich „wenig sicher“ oder „gar nicht sicher“. Der Mittelwert auf einer 5-stufigen Skala (1=sehr sicher, 5=gar nicht sicher) liegt bei 2,14. In einer detaillierten Auswertung zeigt sich, welche Faktoren für dieses Ergebnis einflussreich sind:

- Wer in ruhiger Lage wohnt, fühlt sich sicherer
- Wer in einem Stadtteil in „schlechter Lage“ wohnt, fühlt sich weniger sicher
- Wer in einem Stadtteil mit schlechtem Image wohnt, fühlt sich weniger sicher
- Wer mit der Wohnungssituation insgesamt unzufrieden ist, fühlt sich weniger sicher
- In Stadtvierteln mit einem (vermeintlichen) Zuwandereranteil von mehr als der Hälfte der Wohnbevölkerung ist das Sicherheitsgefühl niedriger
- Wer sich durch PKW-Verkehr, Nachbarn und Gasthäuser belästigt fühlt, zeigt auch höher Unsicherheit bezüglich Wohnungseinbruch
- Der schlechte Zustand der Wohnung wirkt sich negativ auf das Sicherheitsempfinden aus
- Jene 12% der Befragten, die der Ansicht sind, ein Wachzimmer fehle im Wohngebiet, fühlen sich weniger sicher vor Wohnungseinbrüchen
- Die Verbundenheit mit dem Wohngebiet wirkt sich positiv auf das Sicherheitsgefühl aus
- Soziale, finanzielle, gesundheitliche Befindlichkeit korreliert mit der Verbrechensfurcht

¹² Befragungszeitraum: Mai – Oktober 2003; Telefoninterviews; Stichprobe; 8.300 Personen ab dem 15. Lebensjahr.

Diese Ergebnisse wurden durch Fragen in der aktuellen Bewohnerbefragung im Rahmen dieses Forschungsprojekts ergänzt. Auch hier wurde zunächst nach dem allgemeinen Sicherheitsgefühl im Wohngebiet im Hinblick auf verschiedene Delikte gefragt. Insgesamt fühlen sich die Befragten vor Autoeinbruch und Wohnungseinbruch am wenigsten sicher. Am ehesten sicher fühlt man sich vor Belästigung auf der Straße. Tabelle 20 vergleicht die Mittelwerte einer 5-stufigen Skala (Schulnotenprinzip) für die Gesamtstichprobe von 1.000 Befragten.

Sicherheitsgefühl in Wien			
Autoeinbruch	Wohnungseinbruch	Überfälle auf der Straße	Belästigung auf der Straße
2,36	2,36	2,15	2,03

Tabelle 20: Sicherheitsgefühl zu ausgewählten Delikten
 Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

Die Daten bestätigen die Ergebnisse aus früheren Untersuchungen zum Sicherheitsgefühl: Die überwiegende Mehrheit der Wiener Bevölkerung (59%) fühlt sich in ihrer Wohnumgebung (sehr) sicher vor Wohnungseinbruch. Nur eine Minderheit von 17% fühlt sich wenig sicher (11%) oder gar nicht sicher (6%). Die Einschätzung der eigenen Wohnung bezüglich Sicherheit vor Einbruch wurde gesondert abgefragt. Dabei zeigen sich 50% als (sehr) sicher, 19% als wenig oder gar nicht sicher.

Ein signifikanter Zusammenhang zeigt sich erwartungsgemäß bei Einbruchopfern: Wer im letzten Jahr Opfer eines Wohnungseinbruchs war zeigt auch höhere Unsicherheit.

Die *Wohnform* hat keinen signifikanten Erklärungswert. Leute die in Ein- oder Zweifamilienhäusern oder Reihenhaussiedlungen wohnen fühlen sich weder sicherer noch unsicherer als andere die in größeren Wohnhausanlagen wohnen. Auch die Frage nach dem *Rechtsverhältnis* ergibt keine signifikanten Ergebnisse. Lediglich ein Trend lässt sich ablesen: Die Verteilung des Sicherheitsempfindens ist etwas günstiger in Genossenschafts- und Eigentumswohnungen und etwas ungünstiger in Gemeindewohnungen und in privaten Mietwohnungen (siehe Tabelle 21) BewohnerInnen in Altbauten (vor 1945) fühlen sich tendenziell etwas unsicherer.

Sicherheitsgefühl Wohnungseinbruch	Eigentum	Private Hauptmiete	Gemeinde- wohnung	Genossenschafts- wohnung	Gesamt- stichprobe
Sehr sicher oder sicher	55%	43%	47%	55%	50%
Mittel	33%	36%	27%	28%	31%
Wenig sicher oder gar nicht sicher	12%	21%	26%	17%	19%
	100%	100%	100%	100%	100%

Tabelle 21: Einschätzung der Wohnung hinsichtlich Wohnungseinbruch

Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

Außerdem fühlen sich Befragte mit mindestens einer der genannten Sicherheitsvorkehrungen deutlich sicherer als jene ohne jegliche Vorkehrungsmaßnahmen (vgl. Tabelle 22).

SICHERHEITSGEFÜHL	Sicherheitsvorkehrungen		
	Mind. 1	keine	gesamt
Sehr sicher oder sicher	56%	29%	50%
Mittel	30%	35%	31%
Wenig sicher oder gar nicht sicher	14%	36%	19%
	100%	100%	100%

Tabelle 22: Sicherheitsgefühl und Sicherheitsvorkehrungen in Wien

Quelle: Telefonbefragung, IFES Juni 2005

II. Interviews und Beobachtungen

Die relativ geringe Verbrechensfurcht erklärt in weitem Ausmaß die kaum vorhandene Bereitschaft der BewohnerInnen, sich am Sicherheitsdiskurs zu beteiligen. Um aber dennoch das subjektive Empfinden im Alltag zu erfassen, konnte in einer Wohnhausanlage der Gemeinde Wien im 10. Wiener Gemeindebezirk ein Interview mit Mietervertretern geführt werden. Außerdem wurden im Rahmen eines Gemeindebaufestes in Gesprächen Stimmungslagen zum Sicherheitsthema eingefangen. Eine Beobachtungsstudie am Josefstädter Sicherheitsinformationstag rundet die qualitativen Erhebungen ab.

Mietervertreter im Mieterbeirat

Eine Besonderheit in der Organisationsstruktur der Sicherheitsarbeit in Wien stellt die Gründung des *Mieterbeirats* dar. Im Gegensatz zu den Hausbetreuungszentren der Wohnbaugenossenschaften, die von den jeweiligen Hausverwaltungen formell eingesetzt werden, konnten in manchen Gemeindebauten durch informelles Engagement Mieterbeiräte

gegründet werden. Diese „bottom-up“ -Variante der Gemeinde Wien steht im Kontrast zur „top-down“ -Variante der Genossenschaften.

In seinen Maßnahmen wirkt der Mieterbeirat nicht vordringlich zum Einbruchschutz, sondern zur allgemeinen Verbesserung der Wohnqualität, mit all seinen technischen und sozialen Aspekten. Dennoch wurde der Mieterbeirat im Zuge konkreter Alltagsprobleme gegründet. Im vorliegenden Fall wurde auf den Diebstahl von Weihnachtsschmuck an Haustüren reagiert. Das Engagement der BewohnerInnen benötigt aber auch administrative und formelle Voraussetzungen. Nachdem die administrativen Strukturen bei Wiener Wohnen die Einrichtung einer Mietervertretung ermöglichen, konnten sich engagierte MieterInnen als Kandidaten einer Wahl stellen. Wenngleich die Wahlbeteiligung der Mitbewohner nicht allzu hoch war, konnten die Kandidaten ihre neuen Aufgaben ehrenamtlich übernehmen.

Als Voraussetzung zur Umsetzung von Maßnahmen, die von den Mietervertretern an Wiener Wohnen herangetragen werden, wurde eine 2/3-Mehrheit in der betroffenen Bewohnerschaft festgelegt. Doch auch dann sind der Realisierung von Anliegen der Anrainer Grenzen gesetzt: Die Mietervertreter müssen bei ihren Vorschlägen für Verbesserungsmaßnahmen abwägen, ob die Idee finanzierbar ist, um eventuelle Mietpreiserhöhungen zu vermeiden. Es gibt ein begrenztes Budget zur Erhaltung bzw. Sanierung der Wohnhausanlage, jedoch haben bautechnische Maßnahmen (Schallschutzfenster, Wärmedämmung der Fassade, Steigleitungen, Strom, Wasser, Gas, etc.) gegenüber Maßnahmen zum Einbruchschutz Priorität. Die Mietervertreter haben somit die Aufgabe, unter anderem konkrete Anliegen der Mieter gegenüber Wiener Wohnen auszuhandeln. Somit konnten beispielsweise als erste Aktivität Gegensprechanlagen an den Stiegen in dieser Wohnhausanlage installiert werden. Der Müllplatz in der Anlage, der als unsicherer „Versteckwinkel“ galt, wurde eingezäunt, versperrt und beleuchtet. Als nicht finanzierbar gilt allerdings die universelle Nachrüstung aller Wohnungen in der Anlage mit Sicherheitstüren.

Die Förderung zum Einbau von Sicherheitstüren durch die Gemeinde Wien wird im Interview eher höhnisch belächelt: Bei realistischer Einschätzung der Kosten für eine genormte Sicherheitstür mit etwa 2.000,- Euro und einer Förderung von 400,- Euro übersteigt eine Summe von 1.600,- Euro für die Haushalte im Gemeindebau immer noch das Haushaltsbudget bei weitem. Trotz der finanziellen Förderung sind normgerechte Sicherheitstüren für viele Menschen im Gemeindebau nicht leistbar.

Im Interview wurde sehr schnell deutlich, dass das Sicherheitsverständnis der Wohnbevölkerung nicht auf den mechanischen Einbruchschutz beschränkt ist. Vielmehr ist

das Thema Einbruchschutz in ein umfassenderes Thema „Wohnzufriedenheit“ eingebettet, und schließt beispielsweise die Themen Hausgemeinschaft, Zivilcourage, Kulturkonflikte, Hausbesorger, Postkästen, Erziehung oder auch Unfallverhütung mit ein. Beispielsweise dient verbesserte Beleuchtung in der Anlage nicht nur als Maßnahme gegen Verbrechensfurcht, sondern auch im medizinischen Sinn als Maßnahme zur Unfallvermeidung. Wenn beklagt wird, dass die Bäume an der Straße das Licht der Straßenbeleuchtung verdecken, und damit die Gehsteige düster und unsicher erscheinen lassen, so zeugt das von einem Wohnsicherheitsverständnis der BewohnerInnen, das über die Wohnung hinaus geht und die gesamte Wohnhausanlage einschließlich dem Straßenraum umfasst.

Die geplante Abschaffung des Zustellmonopols der Post löst in der Wohnbevölkerung heftige Kontroversen über Zugangsbeschränkungen zum Stiegenhaus aus: Anderen Zustellern kann der Zutritt zum Stiegenhaus nicht mehr verwehrt werden. Daher fordern manche Mieter, dass Zeitungszusteller die abonnierten Zeitungen in den neuen Briefkästen deponieren, die in Zukunft außen vor dem Stiegeneingang montiert werden sollen. Viele Mieter sind allerdings nicht bereit, den gewohnten Komfort der „Zeitungszustellung am Türstapel“ diesen Sicherheitsvorkehrungen zu opfern.

Ein anderer Sicherheitsaspekt hat mit der sich verändernden informellen Kontrollstruktur im Gemeindebau zu tun: Abgesehen davon, dass die Position eines Hausbesorgers grundsätzlich nicht mehr nachbesetzt wird, haben sich durch die Technisierung auch die Aufgaben der Hausbesorger verändert: Die regelmäßigen Rundgänge, bei denen früher die Hausbesorger selbst die Lichter in den Stiegenhäusern aufdrehten bzw. die Stiegeneingänge versperrten, wurden durch automatische Zeitschalter bzw. Gegensprechanlagen ersetzt. Damit geht eine Ansprechperson mit Verantwortung in der Wohnanlage verloren, die nur in den seltensten Fällen durch die Hausvertrauensleute oder Mietervertreter ersetzt wird.

Insgesamt wird beklagt, dass traditionelle Verhaltensweisen die durchaus mit einem Sicherheitsaspekt verbunden waren, sukzessive verloren gehen. Die Rede ist von einem „Sitten- und Moralverfall“, das Sicherheitsthema wird von den Mietervertretern mit „mangelnder Erziehung zu sozialadäquaten Verhaltensweisen“ in Verbindung gebracht.

Der Tratsch als wesentliche Komponente des Gemeinwesens wird durch Isolation, Anonymität und Individualisierung verdrängt: "Wenn man sich auch nicht beim Namen gekannt hat, aber man hat gewusst: Der gehört da her". In dem Ausmaß in dem informelle soziale Kontrolle verloren geht, wird formelle Kontrolle durch Polizei und Wachdienste vermehrt nachgefragt. Diese vermehrte Nachfrage mündet in Unzufriedenheit mit den Kontroll- und

Dienstleistungsfunktionen der Polizei: „Die Polizei kümmert sich zu wenig“, und „Sicherheitsberatung sollte vor Ort persönlich angeboten werden“. Beratung in der Form von Postwurfsendungen und Inseraten wird unter dem Hinweis auf die Papierflut der Werbung abgelehnt.

Die sich verändernde Konfliktkultur der heimischen Bevölkerung steht darüber hinaus in Kontrast zur Konfliktkultur angesiedelter ethnischer Minderheiten – oder wie sie im Interview genannt wurden: „Neu-Österreicher“. Man hat Angst vor Auseinandersetzungen mit den Fremden, während die Fremden Auseinandersetzungen nicht scheuen. Wenn Konflikte nicht mehr selbst geregelt werden, sondern am liebsten autoritären Institutionen übertragen werden, setzt sich der Mieterbeirat für ein Mediationsverfahrens gemeinsam mit der Gebietsbetreuungsstelle im Bezirk ein.

Um das „kulturelle Klima“ zu verbessern wurde von den Mietervertretern ein „Integrationsfest im Gemeindebau“ organisiert. Von 520 Hausparteien haben etwa 60 an dem Fest teilgenommen. Dabei gibt man sich im Interview enttäuscht, weil „... die Volksgruppen wieder getrennt gesessen sind“. Das Fest hat aber auch gezeigt, dass der Kontakt zwischen den Volksgruppen in der jungen Bevölkerung einfacher zu sein scheint als bei den Älteren.

Insgesamt muss betont werden, dass die Arbeit der Mietervertreter freiwillig, ehrenamtlich und unter großem persönlichen Einsatz erfolgt.

Die gesammelten Meinungen und Stimmungslagen bestätigten sich in Gesprächen mit BezirkspolitikerInnen und BewohnerInnen bei einem *Gemeindebaufest*, das im Rahmen des Wiener Wahlkampfes veranstaltet wurde. Eine in der jüngeren Bevölkerung verbreitete Ansicht ist, dass sich Sicherheitstüren bei dem geringen Wohlstand nicht rentieren würden: „Eine Sicherheitstüre wäre das Teuerste in unserer Wohnung!“. Als häufigste Reaktion auf empfundene Unsicherheit in der Wohnumgebung gilt das Meideverhalten: Nach Einbruch der Dunkelheit werden bestimmte Wege und Orte in der näheren Umgebung gemieden, die ältere Bevölkerung geht zu später Stunde nicht mehr aus dem Haus. Wenn sich aber die ältere Bevölkerung aus der abendlichen Freizeitkulturszene (Heurigen, Theater, Kino) zurückzieht, hat das durchaus kulturspezifische Konsequenzen für das Freizeitangebot der Stadt Wien.

Josefstädter Sicherheitsinformationstag

Im Zuge des Forschungsprojekts bot sich die Gelegenheit, anhand einer Bezirksveranstaltung zu erfahren, was von der Seite der Bezirkspolitik den BürgerInnen in Sachen Sicherheit geboten wird. Beim dritten Josefstädter Sicherheitstag konnte die Bevölkerung „... jede für Sie

wichtige Information im Sicherheitswesen erhalten, und zusätzlich theoretische und praktische Anwendungen für den Ernstfall kennen lernen und selbst zu üben (aus der Ankündigung)“. Organisiert wurde die Veranstaltung vom Sicherheitsbeauftragten der ÖVP in der Josefstadt (8. Wiener Gemeindebezirk).

Aus dem Beobachtungsprotokoll:

Die Veranstaltung fand an einem verregneten Donnerstag Nachmittag in einer kleinen, gepflegten innerstädtischen Parkanlage am Hamerlingplatz im dicht verbauten achten Wiener Gemeindebezirk statt. Die Veranstaltung präsentierte sich als Ausstellung, bei der neben den klassischen Blaulichtorganisationen Polizei, Rettung und Feuerwehr auch Versicherungen, der Private Sicherheitsdienst Group 4, das Bundesheer, der Wiener Zivilschutzverband, das Wiener Hilfswerk (Krisenberatung), Banken, die Wiener Linien (Verkehrsbetriebe), Rettungshundestaffel, Fenster- und Türentechnik, Frauenhotline (Service der Gemeinde Wien) und ein Automobilclub an Informationsständen vertreten waren.

Persönlichkeiten aus Politik, Polizei und Verwaltung richteten sich in Ansprachen an die BesucherInnen. Dabei wurde die Polizeireform ebenso thematisiert wie politische Beurteilungen der Sicherheitslage im Bezirk und in der Stadt Wien. Die Polizei rief zur aktiven Kooperation und Selbstverantwortung der BürgerInnen auf, die Politik nutzte die Gelegenheit als Wahlveranstaltung vor den Wiener Gemeinderatswahlen, Sicherheitsorganisationen rückten ihre Arbeit ins Rampenlicht. Eine Diskussion über heikle Themen wie soziale Konflikte, Drogenkonsum, Prostitution, Vandalismus, Gewalt oder Betrug durch Trickspiel wurde nicht geführt. Zum Einbruchschutz wurde Produktinformation angeboten. Insgesamt gab die Veranstaltung Nachhilfe in Zivilschutzfragen, indem die positiven, funktionierenden Sicherheitsmaßnahmen zur Verkehrssicherheit, Gesundheitsvorsorge, Brandschutz, Erste Hilfe und Katastrophenschutz vorgestellt wurden.

Informationen aus Gesprächen, Vorführungen und Broschüren konnten von den BesucherInnen vor Ort erprobt werden. Ein Rahmenprogramm mit Platzkonzert der Polizeimusik, einer Demonstration des Aufprallsimulators und der Reanimation durch die Wiener Rettung, sowie eine Trial-Vorführung des Staatsmeisters steigerten den Erlebniswert der Veranstaltung.

Die Veranstaltung wurde im Beobachtungszeitraum von etwa 50 Personen besucht.

5) Konsequenzen für eine Kriminalpolitik zum Einbruchschutz

Diese Studie kann als Machbarkeitsstudie betrachtet werden, die in einer Bestandsaufnahme das institutionelle und diskursive Terrain zum Thema „Einbruchschutz in Wiener Privathaushalten“ absteckt, und einen Nährboden für etwaige nachfolgende Aktionsforschungen zum Einbruchschutz aufbereitet. Während einerseits unter Bezugnahme auf verschiedene Einrichtungen wie Polizei, Wohnbaugenossenschaften, Anbieter von Sicherheitstechnik, und Bevölkerung eine organisatorische Landkarte gezeichnet wird, kann andererseits eine Beurteilung der nationalen Einbruchschutzpolitik anhand internationaler Aktivitäten und Diskurse nachgezeichnet. Ist beispielsweise bei Garland (2001) von einem Paradigmenwechsel von den Maximen Tataufklärung und soziale Reintegration von Tätern hin zu Risikomanagement und Prävention die Rede, so ist diese Entwicklung in Österreich zumindest in der Frage des Einbruchschutzes zunächst fraglich und zu überprüfen: Welche Bedeutung wird der Prävention von politischen Trägern einerseits und von der populären Öffentlichkeit andererseits im Vergleich mit Anstrengungen zur Tataufklärung zugemessen? Der bislang in diesem Forschungsbericht introspektive Blick soll nun durch einen Blick nach außen ergänzt werden, um die Wiener Einbruchschutzpolitik besser beurteilen zu können. Es geht uns dabei nicht darum, andere Konzepte unreflektiert zu kopieren, jedoch ist eine Orientierung an internationalen Erfahrungen zur Weiterentwicklung der Wiener Sicherheitspolitik durchaus angebracht und möglicherweise hilfreich.

Frühere Untersuchungen haben gezeigt, dass ein Verantwortungsgefühl der Bewohner und die Bereitschaft zur Eigenvorsorge dann gesteigert werden können, wenn diese sich in einem umfangreichen Gesamtsicherheitskonzept der Wohnbauwirtschaft eingebunden fühlen. Beispielsweise beschreibt Heinz-Peter Junker die bauliche Umgestaltung einer Wohnhausanlage in Dortmund als sozialräumlichen Innovationsprozess, der von der Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft mbH eingeleitet und durchgeführt wurde. Ausgangspunkt der Umgestaltung war eine umfangreiche Wohnsicherheitsanalyse, die die Wohnung, das Wohnhaus, die Wohnanlage - einschließlich der Wegeführung, Parkplätze und Spielanlagen - und schließlich das Wohnviertel in der die Wohnanlage angesiedelt ist, umfasst. Ergänzt wurde diese Analyse durch eine Imagebeurteilung, eine ökonomische Beurteilung der Infrastruktur und eine Beurteilung der Kriminalstatistiken. Daraus wurde ein integriertes Konzept in einem interdisziplinären Prozess entwickelt (H.-P. Junker 2004).

Bei einer vergleichenden Beschreibung der Bemühungen zum Einbruchschutz in Wien können zunächst die Dimensionen der politischen Initiativen berücksichtigt werden. In Großbritannien wurde in den späten 1980er Jahren eine Reihe von nationalen Einbruchschutzinitiativen

konzipiert, die langfristig angelegt in den darauf folgenden Jahren unter wissenschaftlicher Begleitung konsequent umgesetzt wurden. Beispielsweise umfasste das „Safer Cities Programme“ 3.600 Initiativen in insgesamt 20 Regionen Englands, 500 davon waren speziell auf Einbruchschutz ausgerichtet. Für jede Initiative standen damals etwa 12.800,- € zu Verfügung¹³. Für die „Burglary Reduction Initiative“ in der Stadt Plymouth wurden vom Home Office für die Projektperiode 1995-1998 jährlich 150.000,- € als Projektbudget zu Verfügung gestellt. Zusätzlich wurde in insgesamt 3.700 Wohnhausanlagen die „Secured by Design“ – Initiative gestartet, bei der Raumplanungsmaßnahmen mit einer technologischen Aufrüstung der Haushalte zum Einbruchschutz kombiniert wurden. Auch hier war die finanzielle Unterstützung dieser Projekte einschließlich ihrer wissenschaftlichen Evaluation ausreichend gesichert. Im Gegensatz dazu hat das Thema Einbruchschutz in Wien bis heute bei weitem nicht jenen Stellenwert erlangt. Einzelne Stellen wie der Kriminalpolizeiliche Beratungsdienst bieten zwar Service und Information an, jedoch bleibt der Leidensdruck in der Bevölkerung der einzige Antrieb zur Eigeninitiative für eine technische Aufrüstung der Wohnung oder des Hauses. Im Gegensatz zu den Beispielen in England gibt es in Österreich keine aktiven organisatorischen oder finanziellen Initiativen durch das Ministerium, die eine konzertierte Vorgangsweise von (Stadt-)Verwaltung, Polizei, Sicherheitsindustrie, Versicherungen, Wohnbaugenossenschaften, Städtebau, Sozialhilfe und Wissenschaft forcieren würden. Wir versuchen in diesem Bericht erstens Erklärungsansätze zu finden, die die eher passive Haltung von Behörden, Hausverwaltungen und BewohnerInnen verständlich machen. Zweitens können darauf aufbauend Handlungsansätze für eine aktivere Einbruchschutzarbeit deutlich gemacht werden.

In einem Vergleich muss natürlich berücksichtigt werden, dass im England der 1980er und – 90er Jahre die Problemlage eine andere war als wir sie heute in Wien vorfinden. Eine hohe Kriminalitätsrate wurde in der Bevölkerung auch als besonders besorgniserregend wahrgenommen, was den Druck auf Politik und Verwaltung enorm gesteigert hat. In Wien ist die Situation etwas anders, wie aus den erhobenen Daten hervor geht: Bei einem Anstieg der Einbruchshäufigkeit von 6.404 Fälle im Jahr 2003 auf 11.613 Fälle im Jahr 2004 erkennen wir gleichzeitig ein hohes Sicherheitsgefühl, geringe Verbrechensfurcht und folglich geringes Problembewusstsein. Verschiedene Umfrageergebnisse zeigen eine allgemeine Unsicherheit bezüglich Kriminalität im Wohnviertel bei 9% bis 13% der Bevölkerung, und konkrete Verbrechensfurcht vor Wohnungseinbruch bei 11% bis 17% der Bevölkerung, bei einer Einschätzung des Opferrisikos von maximal 14%. Dieses Paradoxon von geringer Furcht bei gleichzeitig deutlichem Kriminalitätsanstieg erscheint einzigartig. Insofern ist es verständlich,

¹³ Umgerechnet von Pfund nach heutigem Kurs.

wenn man die Bevölkerung lieber in Ruhe schlummern lässt oder sie mit "Sicherheitsfesten" bei Laune hält, und im Hintergrund versucht, möglichst gute Polizeiarbeit zu leisten.

Eine zweite Seite dieses Paradoxons ist, dass das Problem des Wohnungseinbruchs auch für die Behörden nicht gravierend genug ist um finanzielle und organisatorische Anstrengungen nach englischem Vorbild zu unternehmen. Möglicherweise wirkt die bestehende Sorge um die "Verteilungsgerechtigkeit" von Fördermaßnahmen einerseits, und die Gefahr der Stigmatisierung einzelner Bezirke oder Stadtteile andererseits lähmend.

Man kann jedoch nicht sagen, dass in Wien keine Maßnahmen zum Einbruchschutz stattfinden würden. Aber Wien ist insofern besonders, und das scheint typisch, weil man sich als Meister der Improvisation ausgibt. Es gibt keine "große Parallelaktion", wie das bei Musil¹⁴ so schön heißt, aber dafür eine Summe geschickt angelegter Kleinbeiträge als Nebeneinander von Polizeiarbeit, Gemeindeförderung und Arbeit von wohlfahrtsstaatlichen Einrichtungen.

a) Mechanischer Einbruchschutz

Im April 2005 wurde beispielsweise eine Einbruchschutzförderung von der Gemeinde Wien initiiert: Seither wird der Einbau von genormten Sicherheitstüren mit 20% oder maximal 400,- € in Haushalten die bestimmte Kriterien erfüllen gefördert. Durch die Festlegung der Voraussetzungen wird eine Selektion vorgenommen, die sich nicht an den Opferstatistiken bzw. an der Analyse von geografischen Hot-Spots im Stadtgebiet orientiert, sondern mittels Ausschlusskriterien ein bestimmtes soziales Segment im Wohnungsbau für die Förderung auswählt: Nicht gefördert werden Neubauten, die in den letzten 20 Jahren gebaut wurden, Wohnungen über 150 Quadratmeter Wohnnutzfläche, Zweitwohnsitze in der Stadt, Eigenheime, Kleingartenwohnungen sowie Wohnungen in Reihenhäusern. Dabei wird deutlich, dass die Förderung für sozial schwächere Bevölkerungsschichten in innerstädtischen Mietwohnungen in Altbauten bestimmt ist. Kann nach einem halben Jahr bereits eine erste Zwischenbilanz über die Akzeptanz gezogen werden?

Unsere Untersuchung gibt zwei Antworten: Erstens zeigt die Telefonumfrage vom Juni 2005, dass die Förderung zu dem Zeitpunkt nicht besonderen Anklang gefunden hatte: Weniger als die Hälfte der Befragten (38%) haben von der Förderung gewusst. Wenn außerdem von jenen 547 Befragten, die keine Sicherheitstüre haben (55% der Gesamtstichprobe), nur 157 Befragte angeben, eine solche zu benötigen, und davon wieder nur 117 Befragte ein Interesse an der Förderung bekunden, so ist das für den Einbruchschutz insgesamt nicht besonders Erfolg versprechend. Zweitens zeigt sich aus den Interviews mit Mietervertretern und

Bewohnern im Gemeindebau, dass selbst die finanzielle Förderung das Kostenargument nicht ausräumen kann. Wenn nach der Anschaffung diese Sicherheitstüre selbst das wertvollste Gut im Haushalt wäre, dann ist der Anreiz für eine solche Entscheidung äußerst gering. Tatsächlich haben bis zum Oktober des Jahres 1.626 Haushalte die Förderung in Anspruch genommen. 644 Anträge wurden von Eigentümern, 982 Anträge von Mietern eingereicht. Die meisten dieser Anträge wurden von Favoritner Haushalten gestellt (218 Anträge, 13%), gefolgt von Haushalten in Floridsdorf (133 Anträge, 8%) und in der Leopoldstadt (113 Anträge, 7%). Über die sozialen, räumlichen und kriminologischen Besonderheiten jener Haushalte, die die Förderung angenommen haben, wurden keine Daten gesammelt¹⁵. Nachdem die Aktion nicht auf einzelne Wohngebiete oder Stadtvierteln begrenzt war, lassen sich auch keine gesicherten Rückschlüsse über die Auswirkung auf die Kriminalitätslage bzw. über kriminalpräventive Effekte ziehen. Mit anderen Worten: Ob der Einbau von 1.626 Sicherheitstüren in Wien mit der Veränderung der Zahl der Wohnungseinbrüche in der Kriminalstatistik korreliert, ist nicht gesichert.

Der Einbau von Sicherheitstüren ist aber auch keine Angelegenheit der Wohnbaugenossenschaften oder Hausverwaltungen, und wird daher von diesen auch nicht finanziell gefördert. In den Interviews wird oft von einer Prioritätenliste gesprochen: Vorrang haben dabei technische Installationen wie Wasserleitungen, Heizung, Strom und Gas. Dann wird noch über Wärmeschutzmaßnahmen (Fenster, Fassade) nachgedacht um Energie zu sparen, aber Einbruchschutzmaßnahmen zählen nicht zur gesetzlichen Erhaltungspflicht für Hausverwaltungen. Eine Investition in Sicherheitstüren im Haus wäre eine *Verbesserung* des Objektes. Hauseigentümer sind aber zu Verbesserungen gesetzlich nicht verpflichtet, sondern lediglich zur Erhaltung und Instandsetzung. Die Rücklagen einer Hausverwaltung werden in der Regel für die Einhaltung der Erhaltungspflicht ausgegeben, nicht zuletzt um technische EU-Standards einzuhalten:

„Für die Verbesserung ist normalerweise in einem Miethaus nie Geld da. Weil die Erhaltung soviel kostet, dass für die Verbesserung null über bleibt. Und wenn ich eine Verbesserung mache, ist maximal eine Gegensprechanlagen oder vielleicht eine Satellitenantennenanlage drin, aber nie eine Sicherheitstüre (ein Hausverwalter)“.

Dennoch wird davor gewarnt, Einbruchschutzmaßnahmen für Hausverwalter gesetzlich in der Erhaltungspflicht zu verankern, da zu erwarten ist, dass diese dann die Mehrkosten direkt an die Mieter weiter geben.

¹⁴ R. Musil: Der Mann ohne Eigenschaften

¹⁵ oder unterliegen dem Datenschutz.

Ein zweites administratives Hindernis sehen Hausverwalter darin, dass sie zur *Wohnhausverbesserung* keine Förderung erhalten, solange die Rücklagen für die *Instandhaltung* nicht aufgebraucht sind. Und ganz ohne Rücklagen will ein Hausverwalter nicht wirtschaften. Durch diese gesetzliche Regelung sind der Hausverwaltung die Hände gebunden, und eine groß angelegte Verbesserungsmaßnahme zu Gunsten des Einbruchschutzes unterbleibt. Damit kann zumindest teilweise eine Erklärung für die Passivität der Wohnbauträger in Wohnsicherheitsfragen gefunden werden.

Ein drittes Hindernis wird ebenfalls mit dem Mietrechtsgesetz in Verbindung gebracht, das das Engagement der Mieter geradezu hemmt: Die Wohnungstüre zählt nicht zum Eigentum des Mieters, sondern zum Eigentum des Hauses. Die Hausverwaltung ist aber nicht verpflichtet, bestimmte Sicherheitsstandards (Ö-Normen) bei den Türen einzuhalten. Deshalb entsteht die groteske Situation, dass ein Mieter, wenn er eine neue Sicherheitstüre anschafft, in fremdes Eigentum investiert. Die Passivität der Wiener ist also nicht allein auf den Charakter als "Lethargiker" zurück zu führen, der am liebsten alles belässt wie es ist, solange es kein Problem gibt. Auch als "Homo Öconomicus" wird unter den gegebenen Umständen wohl kaum in Einbruchschutz investiert werden. In einer Untersuchung aus dem Jahr 2002 (Karmasin 2002) gaben lediglich 3% der Befragten an, ihre Sicherheitsvorkehrungen verbessern zu wollen. Damit ist die Bereitschaft in Einbruchschutzmaßnahmen zu investieren in Wien äußerst gering.

Als ein viertes Hindernis wird das Angebot am Markt gesehen, wenn man annimmt, dass Konsumenten vom Angebot geleitet werden: Qualitativ hochwertige, das heißt zertifizierte Sicherheitstüren sind im Fachhandel erhältlich. Großmärkte bieten jedoch eine wesentlich größere Auswahl an Eingangstüren zum halben Preis an.

"Um 1.000 Euro krieg ich heute dreizehn Türen in einem Supermarkt aber keine Sicherheitstüre".

Eine zertifizierte Sicherheitstüre kostet bei einem Fachhändler etwa 2.000,- €. Wer allerdings in einem Altbau wohnt, und vorschriftsmäßig stilgerecht eine einbruchshemmende Flügeltüre anschaffen will, muss mit Ausgaben von mindestens 4.000,- € rechnen. Wenn man nun die demografische Verteilung in Wien in Betracht zieht, dann wird sehr schnell klar, dass gerade jene Bevölkerungsteile in Altbauten am wenigsten Interesse zeigen, weil ein Großteil der einkommensschwächsten Schichten in innerstädtischen Substandardwohnungen wohnt.

b) Soziale Kontrollstrukturen zum Einbruchschutz

Das Verständnis zum Einbruchschutz umfasst im Allgemeinen neben dem mechanischen Schutz durch Sicherheitstüren und Alarmsysteme auch einen sozialen Ansatz: Wenn man davon ausgeht, dass Täter möglichst unbeobachtet und unauffällig vorgehen wollen, spielt soziale Kontrolle für die Tatgelegenheitsstrukturen in der Wohnhausanlage eine wesentliche kriminalpräventive Rolle. Wie wird kommunale Kriminalprävention zum Einbruchschutz in Wien beurteilt?

Natürlich haben Wohnbaugenossenschaften Interesse an einem guten sozialen Klima in der Wohnhausanlage. Dazu gibt es manchmal Gemeinschaftseinrichtungen wie Schwimmbäder und andere gemeinschaftliche Aufenthaltsräume. Sicherheit ist dabei ein positiver Nebeneffekt, der durch informelle soziale Kontrolle entsteht, wenn Anrainer einander kennen, und verdächtige Situationen leichter erkannt werden. Die in diesem Projekt gewonnenen Informationen deuten einerseits darauf hin, dass es organisatorische Strukturen gibt, die soziale Kontrolle zum Einbruchschutz fördern, dass es aber auch Entwicklungen gibt, die anonyme Lebensweisen in der Anlage hervorbringen. Wenn Hausbesorger zunehmend durch Reinigungsfirmen ersetzt werden, die Kommunikation durch den Zuzug von Fremden erschwert wird, Kirchen, Parteien und Vereine ihre verbindenden Funktionen verlieren und das Privatleben im Gegensatz zum Berufsalltag hinter verschlossenen Türen stattfindet, dann wirken diese Individualisierungstendenzen dem Sicherheitsgedanken entgegen. Der urbane Lebensstil der jüngeren Bevölkerung - die Betonung der Privatsphäre und die in der Stadt verstreuten sozialen Netzwerke - trägt ebenfalls zu diesem Trend bei.

Die Einrichtung von Hausbetreuungszentren durch die Wohnbaugenossenschaften soll diesen Entwicklungen wirksam begegnen. Wenngleich diese in erster Linie für technische Sicherheit und Einhaltung der Hausordnung zuständig sind, so fühlen sie sich durchaus auch für die Bewusstseinsbildung zum Einbruchschutz durch Informationsvermittlung verantwortlich. In diversen Anschlägen in Aufzügen oder im Stiegenhaus werden Sicherheitstipps gegeben. Dazu erhalten die MieterInnen ein- bis zweimal im Jahr ein Rundschreiben zur Erinnerung an das Thema Wohnungseinbruch. Im öffentlichen Wohnungsbau werden diese kommunalen Aufgaben von "Wiener Wohnen" und den selbständig gegründeten Mieterbeiräten in den einzelnen Gemeindebauten erfüllt. Auch diese sind insbesondere für Erhaltung und Instandsetzung verantwortlich, übernehmen aber auch die sozialen Funktionen der früheren Hausbesorger. Allerdings muss festgehalten werden: Wenn Hausgemeinschaften in Wien aktiv sind, dann nicht unter dem Aspekt eines "Interessensvereins Einbruchschutz" – oder wie es international heißt: "Neighbourhood Watch".

Eine thematische Konzentration von Hausbetreuungszentren und Mieterbeiräten auf den Schwerpunkt "Einbruchschutz", so wie das in englischen Kriminalpräventionsinitiativen seit den 1990er Jahre der Fall ist, birgt sowohl Potential als auch Risiken. Einerseits könnten die BewohnerInnen im Sinne einer partizipativen Demokratie aktiv in die Zusammenarbeit von Polizei, Verwaltung, Wohnbaugenossenschaften und sozialen Diensten eingebunden werden; andererseits besteht die Gefahr, dass der Einbruchschutz aus dem Blickfeld verloren geht und soziale Konflikte in der Form einer "kommunalen Selbstjustiz" ausgetragen werden. Insofern ist durchaus fraglich, ob Hausgemeinschaften mit dem primären Ziel des Kriminalprävention beauftragt werden sollen, oder ob Sicherheit als Nebeneffekt funktionierender Nachbarschaften angestrebt werden soll.

c) Wie könnte eine Initiative zum Einbruchschutz in Wien aussehen?

Will man systematisch über Einbruchschutzmaßnahmen nachdenken, dann bieten sich folgende Unterscheidungen als sicherheitspolitische Handlungsfelder an:

Eine ältere Unterscheidung, die dem Präventionsverständnis in der Medizin folgt, unterscheidet primäre, sekundäre und tertiäre Präventionsmaßnahmen: Primäre Prävention setzt an den kriminogenen Bedingungen an und will die tiefliegenden Ursachen der Kriminalität bekämpfen (Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit, Armut, Wohnverhältnisse, etc). Die sekundäre Prävention setzt an der Persönlichkeitsstruktur potentieller Täter an (z.B. Jugendliche). Tertiäre Prävention meint die Vermeidung von Rückfälligkeit und Reintegration von Straftätern. Eine neuere Überlegung in der kriminalsoziologischen Literatur unterscheidet einen täter-orientierten Ansatz (soziale Prävention) und einen opfer-orientierten Ansatz (situative Prävention). Eine Initiative zum Einbruchschutz, bei denen verschiedene Akteure miteinander kooperieren, könnte hauptsächlich an jenem *situativen* Präventionsverständnis anknüpfen, und zum Schutz der Opfer bei der Tatgelegenheitsstruktur und kriminogenen Faktoren im Wohngebiet (*primäre Prävention*) ansetzen. Dazu können wieder zwei Ansatzpunkte unterschieden werden:

1. Sicherheitstechnische Maßnahmen
2. Soziale Kontrollmaßnahmen

Wenn man bislang nicht wusste, wo man mit verstärkten Sicherheitsmaßnahmen beginnen sollte, so bieten nun auch in Wien neue Instrumente der Kriminaldatenanalyse eine Entscheidungsgrundlage: Auf der Basis der Polizeilichen Lageevidenz, die genaue Daten zu

Tatzeitpunkt, Tatort, Modus (Vorgangsweise), Diebsgut und Täter sammelt, können erstens in geografischen Kriminalstrukturanalysen (Stummvoll 2005) Tathäufungspunkte (Hot-Spots) eruiert werden: Eine mathematische Berechnung mittels Standardisierung der Bezirksdaten auf 10.000 Wohneinheiten nennt unabhängig von der Bebauungsdichte jene Bezirke, in denen Hot-Spots liegen; eine Dichteberechnung verdeutlicht die geografische Distanz zwischen den Tatorten. Zweitens können zusätzliche Informationen über kriminogene Faktoren gesammelt werden. Wenn diese Informationen nicht nur zu kriminalistischen Zwecken genutzt würden, sondern für eine kooperative Einbruchschutzaktion zu Verfügung gestellt würden, könnten Argumente für eine gezielte Förderung von Wohngebieten gefunden werden.

Wird der Ausgangspunkt für eine umfassende Einbruchschutzaktion in der kriminalstatistischen Datenlage gesehen, so folgt die Einbruchschutzinitiative dem klassischen Konzept von Analyse, Planung, Durchführung und Dokumentation, bei gleichzeitiger wissenschaftlicher Prozessbegleitung und Wirkevaluation. Voraussetzung für diesen Prozess ist die Festlegung eines Initiators oder Projektverantwortlichen sowie die Sicherstellung finanzieller Mittel. Sobald in einer geografischen Hot-Spot-Analyse ein Zielgebiet festgelegt wurde, kann mit einer Problemanalyse begonnen werden: Welche kriminogenen Faktoren machen gerade dieses Stadtviertel für Einbrecher attraktiv? Welche sozio-ökonomischen Eigenschaften zeichnen dieses Wohngebiet aus? Dabei ist zu berücksichtigen, dass in wohlhabenderen Gegenden ein gewisses Niveau an Einbruchschutzmaßnahmen besteht. Bewohner die sich diesem Niveau nicht anpassen müssen auch in Stadtrandgebieten mit höherem Einbruchrisiko rechnen, da sich Täter gerade in diesen Gegenden nach ungesicherten Wohnobjekten umsehen. In Wien kann aber durchaus von einer hohen sozialen Durchmischung der Wohnbevölkerung im dicht verbauten Gebiet wie auch am Stadtrand ausgegangen werden. Durch die soziale Durchmischung werden aber auch Wohnungen in Gebieten mit eher niedrigem Lebensstandard für Einbrecher attraktiv: Auch in Unterschichtvierteln ist einiges „zu holen“. Das Ergebnis einer geografischen Auswertung der Befragungsdaten ist nicht eindeutig: Weder das Baualter, noch die Lage im Stadtgefüge, noch die Wohndichte spielen bei der Häufigkeit der Wohnungseinbrüche eine Rolle. Eine genaue Ursachenanalyse in einem Stadtteil mit Hilfe der polizeilichen Daten kann hier Aufschluss geben, um gezielt Maßnahmen zur sicherheitstechnischen Nachrüstung zu konzipieren.

Als zweites stellt sich die Frage: Wie können die sozialen Kontrollstrukturen verbessert werden? Sobald den BewohnerInnen in einem Zielgebiet ernsthaft vermittelt wird, dass zu ihrer Sicherheit in einer gemeinsamen Aktion von Polizei, Hausverwaltung, Sozialen Diensten, Versicherungen und Sicherheitsindustrie ein Handlungsplan erstellt und in einem bestimmten Zeitrahmen umgesetzt wird, besteht zumindest die gute Chance, dass sich die Anrainer an

dieser Aktion aktiv beteiligen. Mit Hilfe einer sozialen Dynamik zur Steigerung des Problembewusstseins kann auch die Motivation zu Eigeninvestition gesteigert werden. Den Mieterbeiräten bzw. Hausbetreuungszentren kommt dabei als institutionalisierte Schaltstelle im „Aktionsteam Einbruchschutz“ eine wesentliche Informations- und Kommunikationsfunktion zu.

Internationale Erfahrungen mit Kriminalpräventionsprogrammen zeigen, dass wissenschaftliche Projektbegleitung ein wesentlicher Bestandteil jeder Initiative ist, um den Erfolg zu sichern. Ein Rohentwurf einer wissenschaftliche Programmevaluation zum Einbruchschutz kann folgendermaßen formuliert werden:

- Problemdefinition und -analyse: Kriminalstrukturanalyse, Verbrechensfurcht, mangelnder mechanischer Einbruchschutz (Sicherheitstüren und Sicherheitsschlösser), etc.
- Festlegung der Präventionsziele: Senkung der Anzahl der Wohnungseinbrüche, Reduktion der Verbrechensfurcht, Nachrüstung von Sicherheitstüren, etc.
- Definition von „Erfolg“: Ziele messbar machen, Schwellenwerte für Erfolg festlegen
- Entwicklung einer Programmtheorie: Durch welche Maßnahmen soll das Präventionsziel erreicht werden?
- Festlegen einzelner Arbeitsschritte und organisatorische Projektplanung (Akteure, Finanzen, Zeitmanagement, etc.)
- Programmziele festlegen: z.B. Ausstattung mit Sicherheitstüren, finanzielle Förderung für Anrainer, intensive Beratung durch die Polizei, etc.
- Verfassen einer Dokumentation zur Prozessbegleitung (Projekttagbuch)
- Im Endbericht werden Programmziele und Präventionsziele evaluiert. Die Prozessevaluation wird durch eine Wirkevaluation ergänzt. Der Bericht schließt mit einer Kosten-Nutzen-Analyse.

Ziel dieses Forschungsprojekts war, zwischen möglichen künftigen Projektpartnern auf dem Gebiet des Einbruchschutzes einen Informations- und Gedankenaustausch anzuregen und ein gegenseitiges Verständnis für Hindernisse und Probleme bei der Umsetzung von Einbruchschutzmaßnahmen zu schaffen. Gleichzeitig sollte ein Nährboden für eine aktive Einbruchschutzpolitik aufbereitet werden und verschiedene Akteure für eine Zusammenarbeit in einem Expertenteam zur Wohnsicherheit motiviert werden. Wir hoffen, diesem Anspruch zumindest teilweise gerecht geworden zu sein.

6) Literatur

Bogner A. und Menz W. (2001): Deutungswissen und Interaktion: Zur Methodologie und Methodik des theoriegenerierenden Experteninterviews. In: Soziale Welt, Heft 4/2001; Nomos Verlag; Baden-Baden.

Flick U. (2002): Qualitative Forschung. Rohwolt Verlag, Reinbek bei Hamburg.

Giller, Joachim (1994). Der Begriff Sicherheit im Wandel; in Österreichische Militärische Zeitschrift 5/94, Wien

Giller, Joachim (1996). Umfassende Sicherheit, öffentliches Sicherheitsempfinden und staatliche Sicherheitspolitik; in ÖZP 25, Wien

Giller, Joachim (2003). Der Sicherheitsbarometer 2003 – Kurzbericht

Giller, Joachim (2004). Der Sicherheitsbarometer 2004 – Kurzbericht

Hammerschick, Walter [Hrsg.] (1996) Wien- Sichere Stadt; in Jahrbuch für Rechts- und Kriminalsoziologie 1995, Nomos Verlag, Baden – Baden 1996

Jahoda M., Lazarsfeld P., Zeisel H. (1960): Die Arbeitslosen vom Mariental. Zweite unveränd. Aufl., Verl. f. Demoskopie.

Junker H.-P. (2004): Wohnsicherheit in Zeiten der Unübersichtlichkeit In: die Kriminalprävention 4/2004, S. 135-141

Karmasin Marktforschung - Österreichisches Gallup Institut (2002): Insecurities in European Cities, Eigenverlag, Wien.

Mawby R.I. (2001): Burglary. Crime and Society Series. Willan Publishing. Cullompton und Portland.

Meuser M. und Nagel U. (1991): Experteninterviews – Vielfach erprobt, wenig bedacht. In: Garz D. und Kraimer K. (Hrsg.): Qualitative-empirische Sozialforschung. Westdeutscher Verlag; Opladen.

ICVS International Working Group, Anna Alvazzi del Frate, Jan J.M. van Dijk, John van Kesteren, and Pat Mayhew. INTERNATIONAL CRIME VICTIMIZATION SURVEY (ICVS), 1989-2000 [Computer file]. ICPSR version. Netherlands: University of Leiden/Turin, Italy: United Nations Interregional Crime and Justice Research Institute (UNICRI) [producers], 2002. Ann Arbor, MI: Inter-university Consortium for Political and Social Research [distributor], 2003.

Strauss A. und Corbin J. (1990): Basics of Qualitative Research: Grounded Theory Procedures and Techniques. Sage Publications, Newbury Park, London, New Delhi.

Stummvoll Günter P.: "Design Against Crime in Vienna: A Feminist Approach", in: Crime Prevention and Community Safety: An International Journal, Leicester, 4/2004. Perpetuity Press.

Stummvoll Günter P.: "Forschungsfeld Geographische Kriminalstrukturanalyse" in: ÖZS - Österreichische Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft 2/05, Thema: Die Zukunft des Gewaltmonopols.

Empirische Forschungsberichte:

DIE SICHERHEITSTECHNISCHE BERATUNG DER KRIMINALPOLIZEILICHEN BERATUNG. - Eine Studie zur Evaluation der polizeilichen Beratungstätigkeit und zum Sicherheitsbedürfnis von Privatpersonen im Bereich des Eigentumsschutzes -, Institut für Rechts und Kriminalsoziologie, Wien 2004

INSECURITIES IN EUROPEAN CITIES – Sample Survey in City Districts Amsterdam, Budapest, Hamburg, Krakow, Vienna -, English Translations, Universität Hamburg Institut für Kriminalwissenschaften Abteilung Kriminologie, Hamburg 2002

INSECURITIES IN EUROPEAN CITIES, Deutsche Übersetzung, Das Österreichische Gallup Institut, Wien 2002

INTERNATIONAL CRIME VIRCITIMIZATION SURVEY 1996, Inter/View, Amsterdam 1996

KRIMINALLÄNGSTE IN WIEN, Institut für empirische Sozialforschung GmbH in Kooperation mit dem Institut für Rechts und Kriminalsoziologie, Wien 2005

LEBEN IN WIEN 1, Institut für empirische Sozialforschung GmbH, Wien 1994/95

LEBEN UND LEBENSQUALITÄT IN WIEN – Leben in Wien 2 Teilbericht Viktimisierung und Sicherheitsgefühl -, Institut für empirische Sozialforschung GmbH, Wien 2003

PUBLIC SAFETY, EXPOSURE TO DRUG RELATED PROBLEMS AND CRIME. - Report_prepared for the European Comission, European Opinion Research Group, Brüssel 2002

SONDERAUSWERTUNG WOHNUNGSEINBRUCH – Kriminalpolizeiliche Datenauswertung -,
Bundespolizeidirekt Wien, Wien 2005

UNSICHERHEIT IN WIEN – Ergebnisse einer empirischen Untersuchung im Herbst 1980 in
Wien -, Institut für Rechts und Kriminalsoziologie, Wien 1981

WIE SICHER FÜHLT SICH ÖSTERREICHS BEVÖLKERUNG - im Speziellen die Bevölkerung von
Wien und Wien Umgebung, Verband der Sicherheitsunternehmen Österreichs, Wien 2004